

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an den Landesgesetzgeber bezüglich Änderung des Stmk. Baugesetzes bzw. der Wohnbauförderungsrichtlinien zur 1) Schaffung von mehr Freiraum für Jugendliche bei Neubauten; 2) Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ich freue mich, dass dieser dringliche Antrag so eine breite Unterstützung bekommen hat. Es geht im Großen und Ganzen darum, dass in der Stadt sehr viel für junge Menschen gemacht wird, für Kinder aber ab dem 10. Lebensjahr haben wir noch viel umzusetzen. Die Einwohnerzahl in unserer Stadt steigt ständig nach oben und das fordert uns heraus, Rahmenbedingungen zu setzen, vor allem auch für junge Leute, und Gott sei Dank einige Zuschauer haben wir heute hier oben, auch einen jungen Herrn, das freut mich.

Freiräume sind für Jugendliche grundlegend, wenn man die Freiräume nicht gibt, werden diese Freiräume wieder zurückerobert und dies führt unweigerlich zu großen Konflikten und es gibt im Steiermärkischen Baugesetz einen Passus, dass ab drei Wohnungen ein Kinderspielplatz vorgesehen werden muss, und genau das fordern wir auch für junge Menschen. Da haben wir so eine Formel, wir würden uns vorstellen, dass ab zehn Wohnungen auch eine Fläche für junge Menschen vorgesehen wird.

Wir hatten so einen ähnlichen Antrag schon einmal 2007, da haben wir den Fokus eher auf Indoor-Räumlichkeiten gelegt, das wurde in Wien auch erprobt, diese Räume wurden nicht begleitet und das hat nicht so gut funktioniert, also Freiräume in

Wohnhäusern, und dieser dringliche Antrag zielt jetzt auf freie Flächen ab. Freie Flächen, wo wir oder wo die Stadt, wo die Wohnbaugenossenschaft nicht genau vorgibt, was da geschehen soll. Die jungen Leute sollen das selbst entscheiden, ob die mit einem selbstgemachten Fußballtor dort kicken, ob sie Frisbee spielen, Volleyball spielen, das haben die jungen Leute dann umzusetzen. Wichtig ist, dass man schon planerisch vorher schaut, dass nicht unbedingt die Balkone direkt am Fußballplatz oder an dieser Fläche angrenzen, weil so Konflikte entstehen. Die SPÖ hat auch in Vorgesprächen angemerkt, dass das Ganze was kosten wird und im Wohnbaugesetz beziehungsweise im Wohnbauförderungsgesetz, in den Richtlinien, ist ein Passus drinnen, dass die Kinderspielplätze speziell gefördert werden und genau das hätten wir uns für diese Jugendflächen auch vorgestellt. Das ist der erste Punkt meines Antrages. Der zweite Punkt ist: Wir wissen vom Büro für Frieden und Entwicklung, dass gerade der Lärm ein riesengroßes Problem ist und so zu ganz vielen Konflikten führt und da hätten wir uns vorgestellt, die Vorschreibung eines höheren Schallschutzmaßes zwischen den Wohnungen im Baugesetz und allenfalls in den Bestimmungen der Wohnbauförderung wäre daher ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des nachbarlichen Zusammenlebens.

Aus den genannten Gründen stelle ich namens der ÖVP, der Grünen, der KPÖ und der SPÖ, und ich habe gerade vorher gesehen, der Georg Schröck war ganz hellhörig, vielleicht machst du spontan auch deine Zustimmung bekannt. Danke das ist der Fall. Also namens dieser Fraktionen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge mit der Petition an den Landesgesetzgeber herantreten, dass das Steiermärkische Baugesetz und die Bestimmungen zur Wohnbauförderung dahingehend geändert werden, dass

- 1.) in Neubauten ab einer bestimmten Größenordnung - beispielsweise ab 10 Wohneinheiten - Freiflächen für Jugendliche verpflichtend vorgesehen beziehungsweise gefördert werden und
- 2.) zwischen unterschiedlichen Wohneinheiten ein höheres Maß an baulichem Schallschutz verpflichtend einzuhalten ist als derzeit.

Bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) BewohnerInnenparkplätze in gebührenpflichtigen Zonen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich befürchte, dass ich diesen Applaus ob meiner Einstimmigkeit dann bei meinem Dringlichen nicht haben werde, auch die Unterstützung war endenwollend, aber trotz alledem, wie der Herr Finanzstadtrat sagt, probierst es halt einmal, bemühst dich, dann wirst ja sehen. Spaß beiseite, aha, da fliegen ein paar Zettel herunter...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf die Damen und Herren auf der Tribüne ersuchen, weder Transparente...ich darf die Feuerwehr bitten, die Herrschaften hinauszubegleiten. Ich darf Sie bitten...ich darf Sie gleich hinausbitten. Wissen Sie, das Thema von Extremismus wird uns gerade vorgeführt, es ist traurig genug, dass sich manche Menschen an Spielregeln nicht halten wollen (*Applaus ÖVP*), ich darf Sie ersuchen hinauszugehen und wenn Sie das nächste Mal Briefe schreiben, dann bitte nicht in

meinem Namen. Ich darf Sie jetzt bitten hinauszugehen. Wir haben es alle gesehen, Sie sind glücklich. Darf ich bitten, dass die Security geholt wird, darf auch gleich vorschlagen, dass wir die Polizei rufen, weil es geht ja bei der Staatsanwaltschaft gerade darum (*Applaus ÖVP*), zu klären, wer diese Briefe geschrieben hat und ich denke mir, dass der Zusammenhang nicht allzu schwer herzustellen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Debatte, die wir das letzte Mal hatten, warum wir zunehmend Security brauchen, erklärt sich vielleicht damit von selbst, ich habe dafür zu sorgen, dass alle Gemeinderatsmitglieder, die herunter sind, unverletzt auch wieder nach Hause gehen können und ich verstehe Menschen nicht, die sich gar nicht daran halten können und immer wieder was von oben herunterwerfen müssen. Wir werden die Sicherheitsvorkehrungen wieder verstärken, weil es immer wieder Personen gibt, die sich nicht daran halten. Wir können jetzt wieder fortsetzen, ich darf dich bitten, Klaus, dass du deinen dringlichen Antrag jetzt in Ruhe vortragen kannst.

GR. **Eichberger**: Danke, Herr Bürgermeister! Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe bereits am 20. Mai 2010 hier im Gemeinderat einen dringlichen Antrag eingebracht, in dem ich Frau Verkehrsreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker ersucht habe, einen neuerlichen Vorstoß zu unternehmen, damit in den gebührenpflichtigen Parkzonen eigene nur für die Bewohner und Bewohnerinnen zur Verfügung gestellte Parkbereiche geschaffen werden.

Dieser Antrag war damals bekanntlicherweise abgelehnt worden, sonst müsste ich nicht heute hier wieder diesen Antrag einbringen und zwar deshalb, weil Frau Vizebürgermeisterin Rücker erklärt hatte, dass es eine solche Verordnung bereits einmal gegeben hat, dass diese vom Verfassungsgerichtshof als gesetzeswidrig aufgehoben wurde und weil, und jetzt zitiere ich wörtlich aus dieser Beantwortung, die damals der Herr Bürgermeister im Namen der Frau Vizebürgermeisterin

vorgenommen hat, dass eben die Verordnung und Reservierung bestimmter Parkplätze für bestimmte Personen, nämlich solche, die über eine Ausnahmegenehmigung verfügen, in der Straßenverkehrsordnung keine Deckung fand und noch immer nicht findet.

Liebe Lisa, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, richtig ist, dass es diese Verordnung es einmal gegeben hat, dass diese Verordnung auch korrekterweise damals aufgehoben wurde, aber was nicht richtig ist, dass es keine Möglichkeit gibt, wenn man möchte und wenn man dazu bereit ist, hier Ausnahmegenehmigungen speziell für Bewohnerinnen und Bewohner in gewissen Bereichen zu schaffen.

Den Gegenbeweis zu deiner damaligen Aussage, dass es keine gesetzliche Möglichkeit gibt, beweisen Städte wie Innsbruck und beweist die Bundeshauptstadt Wien. Dort ist das sehr wohl möglich und sogar, und das wissen wir, der Innsbrucker Weg hielt auch vor dem Höchstgericht stand. Der eine Unterschied zwischen Innsbruck und Graz liegt offensichtlich an der Person des zuständigen Verkehrsreferenten, in Innsbruck heißt dieser nicht Lisa Rücker. Und der zweite Unterschied zwischen Innsbruck und Wien und Graz besteht darin, dass wir in Graz die Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker haben, die ja bekanntlicherweise nicht unbedingt eine Freundin des Autofahrers ist und lieber natürlich andere Verkehrsteilnehmer bevorzugt und alles, was mit dem Autofahren zu tun hat, von ihr letztendlich verdammt wird. So ist es zum Beispiel in Wien und in Innsbruck ohne weiteres möglich, gesetzlich auch umsetzbar, dass dort AutofahrerInnen, BewohnerInnen dieser Städte nicht nur jetzt für Ausnahmegenehmigungen zahlen, sondern dass sie gegebenenfalls dort, wie gesagt, auch entsprechende Parkplätze vorfinden. Und speziell, und das ist das Deprimierende, gerade in Wien und heute in der „Presse“ nachzulesen, hat die grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou festgestellt, dass es ab März drei Zonen geben wird in Wien, wo diese speziellen reservierten Anrainerparkplätze nämlich probiert werden. Insofern, wörtliches Zitat: „Es sind Pilotprojekte, um herauszufinden, ob sich diese Maßnahme bewährt. Wenn es sich bewährt, kann es auch in anderen Bezirken,

wie der Inneren Stadt, eingeführt werden.“ Jedenfalls gäbe es bereits Anfragen von anderen Bezirken. Das heißt im Klartext, es gibt erfreulicherweise auch im Lager anderer Fraktionen, nicht nur im Lager der SPÖ Personen, Persönlichkeiten, politisch Verantwortliche, die sagen, Autofahrer parkende zahlen bereits genug, deshalb, und wir wissen selber, wir werden nicht alle Blauen-Zonen-Parkplätze in reservierte Anrainerparkplätze und BewohnerInnenparkplätze umwandeln können, ist auch nicht notwendig, aber in gewissen Brennpunkten und für eine bestimmte Anzahl, und auch in Wien und das ist auch unser Vorschlag, zehn bis maximal 25 % dieser Blauen-Zonen-Parkplätze sollten eben für Bewohnerinnen und Bewohner, die eine Ausnahmegenehmigung reserviert haben. Es geht relativ leicht, wie es auch Innsbruck gezeigt hat, einzig und allein mit einer Zusatztafel, dass es eben ein absolutes Halte- und Parkverbot gibt mit Ausnahme jener Pkw-Besitzer und Ausnahmegenehmigungen, die eben diese Ausnahmegenehmigung für eine gewisse Zone haben. Und in unserem dringlichen Antrag geht es nur um das und deshalb bin ich etwas frustriert, weil man hier wirklich für die Grazerinnen und Grazer eine Möglichkeit schaffen könnte, damit die nicht nur zahlen, sondern auch für ihr bezahltes Parkticket auch tatsächlich eine große Hoffnung, eine große Wahrscheinlichkeit haben, einen entsprechenden Parkplatz zu finden.

Und nachdem der Herr Stadtrat auf die Uhr gezeitigt hat, darf ich jetzt zum dringlichen Antrag kommen und zwar geht es jetzt nicht darum schon, dass wir diese Zonen morgen haben wollen, was natürlich schön wäre und im Sinne der Grazerinnen und Grazer und vor allem im Sinne der leidgeplagten Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner, sondern es geht eben darum, dass die Frau Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa beauftragt wird, gemäß Motivenbericht nach Innsbrucker und Wiener Vorbild für Graz ein Modell entwickeln zu lassen, das einen bestimmten Anteil – je nach örtlicher Gegebenheit zwischen 10 und 25 Prozent der Zonen-Parkplätze – ausschließlich BewohnerInnen mit entsprechenden Parkgenehmigungen garantiert. Ein entsprechender Bericht möge dem Gemeinderat bis Mai dieses Jahres vorgelegt werden. Das heißt, unser Ansinnen geht darum, einmal festzustellen,

welche Vorteile, welche Nachteile bringt es, wie könnte sich ein Modell, das sehr wohl in Wien machbar ist, auch sich in Graz umsetzen lassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Kollege, lieber Klaus Eichberger! Ich habe mir den Antrag sehr genau durchgelesen, wir hatten ja gestern auch schon eine kurze Diskussion dazu. Zuerst einmal werden wir der Dringlichkeit nicht stattgeben, aber ich kann dir dann trotzdem eine Vorgangsweise dazu versprechen. Die Sache mit den Anwohner- und Anwohnerinnenparkplätzen ist ja eine zweiseitige Angelegenheit, wie du das weißt, ich habe mir gestern auch noch einmal genauer beschreiben lassen, wie das jetzt in Innsbruck ist. Nachdem ich ja selber in Innsbruck gelebt habe eine Zeitlang, kann ich auch die Gebiete sehr gut zuordnen, die dort momentan so geregelt sind. Es gibt in den Gebieten, wo die Bürgerhäuser stehen, wo es eben keine Parkplätze in den Häusern gibt und wo es keine Tiefgaragenlösungen gibt, das ist Wilden zum Beispiel, das sind die Bereiche, die nicht ganz im Innenstadtbereich sind, aber im innenstadtnahen Bereich, wo man eine Lösung gefunden hat, indem man 10 % der dort zur Verfügung stehenden Zonenparkplätze den AnwohnerInnen für 24 Stunden am Tag sozusagen reserviert. Ich kann das Anliegen nachvollziehen, dass man sagt, machen wir was für unsere Grazer und Grazerinnen und versorgen wir sie mit Parkplätzen. Der Haken daran ist natürlich, dass wenn ein Parkplatz in einer Zone, die sehr intensiv genutzt und nachgefragt ist, weil meistens wird es natürlich dort stattfinden und nicht dort, wo kein Parkdruck besteht, dann natürlich 24 Stunden lang Parkplätze reserviert sind für Leute, die dort wohnen und vielleicht nur am Abend dort parken. Was heißt das für den Tag, wenn dieser sehr wertvolle Stellplatz nicht genutzt werden kann? Das ist genau ein bisschen widerläufig zu dem, wie wir es in Graz geregelt haben mit der Blauen Zone im innenstadtnahen Bereich und mit der Grünen Zone, wo wir auch erstens großzügige Tarife haben und auch längerfristiges Parken ermöglichen. Trotzdem ist es natürlich von Interesse auch für die Stadt Graz, dazu endlich einmal eine fundierte Grundlage zu haben, deswegen werden wir für die nächste Evaluierung, die ja in diesem Jahr geplant ist rund um die Parkzonen, einen Auftrag miteinpacken, nämlich den Auftrag,

die Innsbrucker Lösung für Graz einmal zu prüfen und eine Aussage darüber zu treffen, was sie bedeutet, einerseits für das Ziel, das du formulierst, nämlich für Anwohner und Anwohnerinnen weniger Parkplatzdruck zu erzeugen, auf der anderen Seite für den Willen, der ja auch vielfach geäußert ist, die Mangelware Parkplatz in Graz möglichst effizient und möglichst vielfältig zur Verfügung zu stellen, wie es ja gerade in den Blauen Zonen rund um die Innenstadt, wo es ja auch darum geht, die Innenstadt am Leben zu halten und hier Menschen zu haben, die hier auch Zufahrt finden, wenn sie schon mit dem Auto unterwegs sind, das heißt, diesen Widerspruch, wie wir mit dem umgehen, mit dem Innsbrucker Modell, wird sehr spannend sein, weil es in Innsbruck zwar um eine kleinere Stadt geht, aber nicht um eine so viel größere wie in Wien, wo natürlich es wesentlich leichter fällt, Gebiete unterschiedlich zu zonieren und unterschiedlich zu definieren, weil dort einfach wesentlich mehr Stadtraum da ist. Also ich denke, das Wiener Modell ist für Graz nicht so vergleichbar wie vielleicht das Innsbrucker, aber wir schauen uns das gerne an und werden den Auftrag gerne annehmen und in der nächsten Evaluierung, die ja heuer stattfindet und angekündigt ist und dann begonnen wird, diese Innsbrucker Regelung, die rechtlich, wie du zu Recht sagst durchgefochten wurde, einfach einmal von den Auswirkungen darzustellen und dann müssen wir entscheiden, wofür wir in Graz im Bereich der Parkraumpolitik uns dann auch letztendlich in einer weiteren Folge entscheiden, weil das ist dann natürlich eine Entscheidungssache, wo man unterschiedliche Interessenslagen unter den Hut zu bringen haben und meines Erachtens ist es so, wie derzeit die Zonenregelung ist in Graz, durchaus mit einer sehr günstigen, im Verhältnis günstigen Ausnahmegenehmigung für die Anwohner und Anwohnerinnen und Blauen Zonen, die mit einem entsprechenden Tarif ausgestattet sind, für die KurzparkerInnen durchaus eine gute Lösung. Aber wie gesagt, wir können uns das gerne anschauen, in dem Sinn gibt es keine Dringlichkeit, wir werden das in diesem Jahr noch erfahren (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Klaus Eichberger! Danke für deinen Antrag, es ist wirklich ein Problem, dass die Bewohner oft keine Parkplätze in den Blauen Zonen vor ihrem Haus finden. Das Problem ist stadteigen gemacht, mitverursacht durch die Frau Vizebürgermeister. Immer öfter fordert sie auch bei den Bebauungsplänen niedrige Stellplätze ein, es werden die Stellplatzzahlen immer mehr erniedrigt und eines ist auch bekannt heute, wenn eine Familie eine Wohnung bezieht, müssten mindestens zwei Stellplätze vorgesehen werden, weil so hat die Familie im Durchschnitt auch die Autos daheim. Um diesem Problem zu begegnen, ist das sicher ein denkbarer Ansatz, den der Klaus Eichberger hier auswählt. Das letzte Mal waren wir noch eher skeptisch, da hat er, glaube ich, rote Zonen verlangt. Also das ist für uns schon ein bisschen dann undurchschaubar und komplex geworden, aber wenn man das Beispiel Innsbruck heranzieht und hier ein vernünftiges Modell wählt, können wir mitgehen und daher werden die Freiheitlichen hier der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus! Du weißt, wir schätzen deine Expertise als Verkehrssprecher, als langjähriger Verkehrssprecher deiner Fraktion ja sehr. Du hast ja schon viel Erfahrung auch mit dieser Thematik, du warst ja auch Aufsichtsrat der früheren GPG und wie gesagt, insofern ist es immer sehr positiv, wenn wir mit dir hier neue Ideen diskutieren, die sicher wichtig sind. Weil das Thema an sich natürlich immer unter den Nägeln brennen wird, wir haben einfach zu wenig Platz, um alle Autos und alle Wünsche unterbringen zu können. Das Modell aus Innsbruck, das ja auch ähnlich, nahezu gleich, in Salzburg mittlerweile Verwendung findet, ist auch dort natürlich nicht das Allheilmittel für alle Probleme, die im Bereich der Parkplätze auftreten. Es wird eigentlich in relativ kleinen Rayons, wie du auch gesagt hast eben, über Halte- und Parkverbote gearbeitet mit Ausnahmegenehmigungen. Jetzt denke ich, das Innsbrucker Modell hin oder her, das Grazer Modell im Prinzip sehr erfolgreich war.

Wir könnten uns eine vernünftige Parkplatzsituation ohne die Parkplatzbewirtschaftung, so wie wir sie betreiben in Graz, eigentlich gar nicht mehr vorstellen. Wir haben gerade für die Anrainerinnen und Anrainer sehr viel erreicht durch die Möglichkeit der Ausnahmegenehmigungen. Ich denke, dass vor allem jetzt außerhalb dieser wirklich neuralgischen Zonen im innerstädtischen Bereich, im Gründerzeitviertel usw. die Situation für die Anrainerinnen und Anrainer sich sehr positiv entwickelt hat und das, was jetzt in Wien probiert wird, haben wir teilweise erledigt über die Grünen Zonen. Es gibt dann natürlich darüber hinaus Bereiche, zum Beispiel das Herz-Jesu-Viertel, aber du hast in deinem Bezirk Jakomini natürlich ähnliche Zonen, wo einfach die Zahl der vorhandenen Parkplätze zu gering ist und da muss man natürlich ehrlich sagen, wenn wir fast schon mehr Ausnahmegenehmigungen als Parkplätze in einem gewissen Rayon haben, dann hilft natürlich die Lösung auch nicht, weil dann haben gerade halt 10 % vielleicht einen, ergattern einen Parkplatz, für die restlichen 90 % bringt das auch nichts. Und im innerstädtischen Bereich oder nahe von öffentlichen Einrichtungen, Ämtern etc. haben wir natürlich zusätzlich noch die Konfliktsituation zwischen den Kundinnen und Kunden, die dorthin kommen und den Anrainern. Also insgesamt denke ich, dass die Situation in Graz nicht so schlecht ist. Wir haben auch aus den Evaluierungen der GPS eben aus den aktuellen Zahlen aus dem November 2011, folgende Werte. Über die gesamte Kurzparkzone genommen wird sie im Schnitt von 50 % Bewohnern, frequentiert, 25 % sind Kurzparker, die nicht aus dem Rayon kommen und 25 bis 30 % sind frei. Interessanter sind natürlich jetzt Werte gegen Abend, wenn die Anrainerinnen und Anrainer zurückkommen, da ist zum Beispiel im Herz-Jesu-Viertel zwischen 17.00 und 19.00 Uhr noch immer 20 % frei, dann wird es natürlich eng. Also ab 19.00 Uhr oder nach 20.00 Uhr hat man dort wirklich eine fast 100%ige Auslastung. Im Wohnviertel Neuholdaugasse, Leitnergasse, Steyrergasse, Pestalozzistraße, Brockmannngasse sind in diesen Abendstunden, in den früheren Abendstunden, zumindest auch noch 30 % verfügbar. Also ich denke, insgesamt glaube ich, ist es schon wichtig, dass man uns diese neuen Ideen auch anschauen werden, nur in Graz sind wir eigentlich ziemlich erfolgreich unterwegs, was die

Parkraumbewirtschaftung betrifft, gerade auch für die Anrainerinnen und Anrainer und eines darf man nicht übersehen. Die Frau Vizebürgermeisterin hat es auch gesagt, wenn du jetzt einen gewissen Bereich hast, denn du fix reservierst, dann hast du natürlich in diesem Bereich keine Einnahmen zum Beispiel tagsüber. Wenn im Herz-Jesu-Viertel die Anrainerinnen und Anrainer wegfahren, dann wird das von anderen genützt und es wird dafür auch bezahlt. Um auf gleiche Einnahmen zu kommen, müsste man diese Ausnahmegenehmigungen in diesen neuen Zonen, die du vorschlägst, eigentlich für die AnrainerInnen noch viel teurer machen. Daher der Vorschlag an sich der ÖVP, hier einen anderen Weg zu gehen, nämlich bei der Parkraumbewirtschaftung, wie wir sie machen, zu bleiben, aber doch sozusagen einen Teil dieser Einnahmen zweckzuwidmen und wieder zu versuchen oder neu zu versuchen, da und dort einen Anlauf für AnwohnerInnengaragen zu machen, ich glaube, dass wir in den ganz neuralgischen Bereichen, im Gründerzeitbereich zum Beispiel, wirklich auf lange Sicht wahrscheinlich ohne zusätzliche AnwohnerInnengaragen nicht auskommen werden (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Lieber Klaus, lieber Peter! Beim letzten Punkt muss ich dir Recht geben. Aus meiner Sicht, ohne zusätzliche Garagen wird es wahrscheinlich in Zukunft nicht gehen, auch das will die Frau Vizebürgermeisterin wahrscheinlich nicht sehr gerne goutieren wollen. Ich muss sagen, der Antrag vom Klaus verfolgt genau jene Linie, die richtig ist, nämlich das Problem erkennt, dass mit den nicht vorhandenen Parkplätze wirklich in Wohngebieten, wo die Menschen leben, ja auch ein zusätzlicher Verkehr entsteht, nämlich ein Parkplatzsuchverkehr, der natürlich der Umwelt und der Gesundheit auch nicht zuträglich ist und der natürlich auch eine reine Zeitverschwendung ist. Dieser Antrag ist sicherlich wesentlich griffiger als es der seinerzeitige, aus meiner Sicht, war und ich sage einmal global, alles was anders ist ,sollten wir oder gedanklich anders konzeptiv anders ist, sollten wir frohen Mutes einmal betrachten und den Weg gehen oder zu gehen probieren, weil die gesamte

Verkehrspolitik in Graz einfach desaströs zu bewerten ist. Ich habe allerdings, vermisse seitens dir oder seitens deiner SPÖ-Fraktion, dass ihr zu anderen Themen, die kritisch anzumerken wären, Thema Verkehrspolitik, ob das Feinstaub, ob das Kosten, ob das auch...also Unwahrheiten sind, die geäußert worden sind, bisher sehr nobel zurückgehalten habt und so als Stadtsenatsfraktion gespielt habt und da darf man ja sozusagen den politischen Gegner in der Rathauskoalition nicht so sehr angreifen, dass ihr euch da sehr nobel zurückgehalten habt. Aber der guten Ordnung halber möchte ich euch und alle, die sozusagen da nachahmen und jetzt vor dem Wahltermin glauben, da Kritikpunkte zu finden, die zweifelsohne vorhanden sind, durchaus in den Klub der Umweltbewussten, der Umweltvernünftigen der Stadt Graz aufnehmen, ihr seid herzlich willkommen, ihr seid in diesem Punkt am richtigen Weg. Danke.

GR. **Schröck**: Kollege Eichberger, ich gratuliere zunächst zum neuen Mitglied der SPÖ, Gemeinderat Mariacher...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Dann hast du mir nicht zugehört.

GR. **Schröck**: Kollege Eichberger, ich habe mir zunächst, als ich diesen Antrag gelesen habe, natürlich Sorgen gemacht, dass dir schön langsam die Ideen ausgehen und dass du jede weitere Sitzung, die folgt, deine alten Anträge, die schon einmal eingebracht wurden oder abgelehnt wurden, wiederkaust. Das war ja zu befürchten, nächste Sitzung vielleicht der Antrag zur Überdachung der Schmiedgasse, den deine Neoparteichefin schon der ÖVP in die Schuhe schieben wollte, nein, das war er. Aber

grundsätzlich sei erwähnt und sei gesagt, dass dieser Antrag natürlich seine Richtigkeit und vor allem seine Berechtigung hat. Weil die Parkplatzsituation in Graz, vor allem in der Innenstadt, natürlich überaus angespannt ist und die Lebensqualität der Innenstadtbewohner massiv am Mangel an freien Parkplätzen leidet, die vor allem an Wochenenden noch viel weniger verfügbar sind und die Anwohnerinnen und Anwohner sich, die auch genügend Geld für diese Ausnahmegenehmigungen zahlen, sich natürlich zu Recht gefrotzelt fühlen und dann hören wir dankenswerterweise von unserem Kollegen Eichberger, dass diese Problematik in Innsbruck ebenso erkannt wurde, in Salzburg ebenso erkannt wurde und durchaus praktikabel gelöst wurde, gut funktioniert, dass die grüne Vizebürgermeisterin in Wien dieses System auch einzuführen gedenkt. Jetzt hören wir auch von unserer Vizebürgermeisterin dankenswerterweise, dass sie dieses Problem erkannt hat, dass die Bereitschaft besteht, dieses System möglicherweise auch in Graz einzuführen, aber sie sieht dennoch in diesem Antrag keine Dringlichkeit, das sieht mir sehr nach Ausrede aus, das sieht mir sehr danach aus, dass dieses Thema wieder auf die lange Bank geschoben wird. Wenn Sie sich vielleicht überlegen und das weiterdenken, wenn wir solche Parkplätze, die für die Anwohner bereitgestellt werden, hier haben, dass vielleicht auch Besucher, die in die Innenstadt kommen, von vorneherein überlegen, na gut, ich habe jetzt weniger Parkplätze und sie bewegen, die dann umso eher auf die Öffis umzusteigen, das ist auch ein Anreiz für all jene, die in die Stadt mit dem Auto kommen und sich überlegen, gut das gibt es nicht mehr, dieses Angebot ist nicht mehr da, wir steigen auf die Öffis um und auch der Kollege Mayr hat natürlich Recht in seinen Ausführungen, da muss man jetzt sagen, vielleicht finden wir einen Kompromiss, gerade an Wochenenden ist dieses Problem besonders massiv, an Samstagen, wo die Innenstadt besucht wird, an Sonntagen, wo viele Spaziergänger in die Stadt, leider noch immer, mit dem Auto kommen, ist dieses Problem massiv, dass man wenigstens an den Wochenenden denkt, diese Regelung einzuführen um diesen Innenstadtbewohnern hier ein Stück Lebensqualität zurückzugeben. Ich danke, wir stimmen diesem Antrag natürlich gerne zu.

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg einmal ein herzliches Dankeschön für eine sachliche, ehrliche Diskussion. Verstehe natürlich die eine oder andere Fraktion, dass sie nicht über den eigenen Schatten springen kann, wenn sie jetzt jahrelang zu einem Thema nein gesagt hat, jetzt auf einmal zu einem Vorschlag, zu einem Antrag der Oppositionspartei ja zu sagen, habe ich Verständnis, dass das halt nicht die Größe des einen oder des anderen ist. Aber trotz alledem, unabhängig davon, wie es jetzt hinsichtlich der Abstimmung der Dringlichkeit betreffend ausgeht, hier scheint es ja keine Mehrheit zu geben, muss ich trotzdem sagen, es ist mir bei weitem lieber, heute diesen Antrag nicht in der Form eines dringlichen Antrages durchbringen zu können, aber umso wichtiger ist es mir, dass hier anscheinend Bewegung in dieses Thema, zu dieser Thematik einfach heute hier signalisiert wurde, und soweit ich die Frau Vizebürgermeisterin ja beim Wort nehmen kann und ich weiß, sie hält auch das eine oder andere Versprechen, ich denke hier an die Einführung von Einbahnregelungen und Dergleichen, dann bin ich auch überzeugt, wenn sie hier und heute vor dem Gemeinderat gesagt hat, dieses Thema findet auch Platz in der nächsten Evaluierung im heurigen Jahr und man macht sich Gedanken, ob es hier Möglichkeiten gibt, dann muss ich sagen, bin ich froh, dass ich nach eineinhalb Jahren wieder diesen Antrag eingebracht habe. Möglicherweise war es ein gewisser Anstoß, dass man jetzt einmal nachdenkt, sich überlegt, ob es so weitergehen kann, dass ich Grazerinnen und Grazer zwar Geld abverlange, aber keine Gegenleistung erbringe und deshalb freue ich mich vor allem für, in der Hoffnung, dass es auch zu irgendeiner Lösung in diese Richtung kommt, wie immer die ausschauen mag, aber dass es zu Verbesserungen für Innenstadtbewohner kommt und darf vor allem den Grünen auch ans Herz legen, mit ihren, nicht nur mit ihrer grünen Vizebürgermeisterin, hier Kontakt zu halten, sondern auch mit dem einen oder anderen grünen Bezirkschef, wenn ich heute auch aus der Presse zitieren darf, in Neubau plant der grüne Bezirkschef Pliniger Anrainerparkplätze. Also Gott sei Dank, es gibt doch einen gewissen Aufweichprozess und wenn ich daran denke, dass das

Äquivalent zu unserem Grazer Dipl.-Ing. Hrubisek, der Herr Dr. Loos, auch heute in einem Zeitungsinterview kundtut, das System mit den Anwohnerparkplätzen wurde nachträglich eingeführt, weil sich die Beschwerden der Anrainer gehäuft hatten, weil sie vor allem abends keinen Parkplatz finden konnten, und das Ergebnis diese Parkzonen für BewohnerInnen hat punktuell sehr zur Entspannung der Parkplatzsituation in Innsbruck beigetragen. In diesem Sinne hoffe ich auch, dass mein Antrag und die Bereitschaft der Verkehrsreferentin, doch auch etwas für Autofahrerinnen und Autofahrer und für Parkplatz suchende Anrainer zu tun, Erfolg hat und würde mich freuen, wenn es wirklich im heurigen Jahr zu einer ernsthaften Behandlung dieses Vorhabens kommt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

3) Aufnahme von Verhandlungen mit den neuen EigentümerInnen der Asset One durch die Stadt Graz in Richtung Sicherung von Radwegsachsen und der erhaltenswerten Ortsgebiete (EO) sowie hinsichtlich Zwischennutzungen

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner:** Liebe Kolleginnen im Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mehrfach ist hier in diesem Hause klar zur Bedeutung des ehemaligen Reininghausareals Stellung bezogen worden und in mehreren Beschlüssen, etwa am 25.2.2010 eben in Form des Rahmenplanes Reininghaus, der einstimmig beschlossen worden ist, dazu Stellung bezogen worden.

Im Dezember letzten Jahres kam es für viele von uns, für alle von uns, weiß ich nicht, überraschend zu einem Wechsel der Eigentümerstruktur der Firma Asset One Immobilienentwicklungs AG. Der Sprecher der nunmehrigen Eigentümer, ein Rechtsanwalt, hat Gespräche für diesen Jänner 2012 mit Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl via Medien angekündigt und hat dabei auch durchklingen lassen, dass Asset One NEU, wenn ich es so nennen darf, etwas andere Vorstellungen über die Entwicklung des Reininghausareals hat, als die Stadt es sich wünscht, als die Beschlüsse des Gemeinderates und der Rahmenplan es aussagen. Das könnte zumindest der Fall sein.

Wir meinen, die Ökostadt Reininghaus benötigt entsprechende verkehrliche Infrastruktur, etwa die Freihaltung von Straßenbahntrassen, von anspruchsvollen, leistungsfähigen Radverkehrsanlagen und von dementsprechend angelegten Gehwegen.

Unbedingt erforderlich sind für uns ein Radweg sowie ein baulich getrennter Fußweg entlang der Wetzelsdorfer Straße, das Ganze natürlich unter Erhaltung der jetzt schon im Bestand befindlichen Allee. Diese Planungen sind bereits vorhanden, sind soweit fertiggestellt, mir und uns geht es hier um die Sicherung der entsprechenden Grundstücke entlang der Wetzelsdorfer Straße, was mit Asset One neu zu verhandeln wäre.

Im Norden des Reininghausareals, kennen Sie alle, die historischen Bestandsbauten aus der Industriezeit, hier sehen wir es als zentrales Ziel, in die Verhandlungen mit Asset One in der Gestalt einzutreten, dass wir diese Bauten zu einem großen Teil, zum überwiegenden Teil, sämtliche erhalten können und uns daher auch noch

notfalls für die Definition als erhaltenswertes Ortsgebiet laut Steiermärkischem Raumordnungsgesetz einsetzen wollen würden.

Schon mehrfach diskutiert und eingebracht, bis zur vollständigen Entwicklung von Reininghaus wird Zeit vergehen, wird viel Zeit vergehen, hier ist uns die Zwischennutzung für vielerlei Form von Nutzung, für vielerlei Gruppen von Grazerinnen und Grazern ein hohes Anliegen. Wir möchten, dass temporär Grünflächen, die vorhandenen Gebäude, ein Ort der städtischen Naherholung, des Sports, der kulturellen Nutzung werden sollen und können. Etwa im Bereich des Sports, wir haben viel Bedarf an Plätzen für diverse Ballsportarten, für Individualsporttreibende, LäuferInnen, RadfahrerInnen usw. Die Gruppe der Menschen, die in den Gemeinschaftsgärten etwas wie im interkulturellen Garten abseits von Heimgartenvereinen dem Gärtnern nachgehen wollen, könnten wir dort auch vorübergehend Plätze anbieten.

Festwiese und ein Veranstaltungsort, der zentrumsnahe, verkehrlich gut erreichbar für mitunter auch lautere Veranstaltungen angeboten werden kann, ist auch ein altbekannter Tatbestand, der hier eine Zwischennutzung, eine Möglichkeit erleben könnte, detto die Möglichkeit, Grillplätze anzubieten, wie hier im Gemeinderat bereits vor längerer Zeit beschlossen.

Schlussendlich Kunst und Kultur: leer stehende Gebäude, Ateliers, Proberäume für ähnliche weitere kulturelle Zwecke zu nutzen, das alles soll geprüft werden.

Daher stelle ich namens der grünen Fraktion folgenden

dringlichen Antrag:

1. Um die Sicherung der erforderlichen Flächen für eine notwendige leistungsstarke Radverkehrs- und FußgängerInnenanlage – bei vollständigem Erhalt der Bestandsallee - im Bereich der Wetzelsdorfer Straße zu ermöglichen, wird Stadtrat Rüschi im Einvernehmen mit der Verkehrsplanung ersucht, diesbezügliche

Grundstücksverhandlungen mit dem neuen EigentümerInnen-Konsortium aufzunehmen.

2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, bei den künftigen Verhandlungen entsprechend den Vorgaben des im Gemeinderat beschlossenen Rahmenplans mit dem EigentümerInnen-Konsortium von Asset One auf eine zwischenzeitliche Nutzung des Areals (Freiflächen und Gebäude) durch die Stadt Graz hinzuwirken. Weiters ist bei den Verhandlungen darauf Bedacht zu nehmen, die Erhaltung der im nördlichen Bereich des Reininghausareals befindlichen historischen Bausubstanz zu sichern. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Kollegen von den Grünen! Die Dringlichkeit in diesem Antrag ist aus unserer Sicht sicher nicht gegeben. Diese Situation ist noch so jung, dass wir alle noch, vor allem der neue Interessent, weil Eigentümer ist er noch nicht, er ist noch ein Interessent, sich einmal klar werden muss, wie es jetzt überhaupt weitergeht. Warum sich offenbar gerade im grünen Klub sich noch niemand gemeldet hat um einen Gesprächstermin, weil das kommt da heraus bei diesem Antrag, das weiß ich nicht, dazu möchte ich auch nichts sagen. Bei uns auf jeden Fall hat sich schon jemand um einen Gesprächstermin bemüht. Wir werden uns das einmal anhören, welche Wünsche der neue Interessent hat und werden dann reagieren. Für uns also aus dem Grund keine Dringlichkeit (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren, lieber Karl! Deinen Antrag halte ich für gut, ich halte ihn für wichtig, aber ich hoffe eigentlich, dass er nicht notwendig wäre, wenn wir uns selbst ernst nehmen. Wir alle, du hast es eh erwähnt, wir haben in diesem Gemeinderat den Rahmenplan beschlossen, wir sind uns einig, dass die

Interessen der Stadt Graz auf diesen Flächen gewährleistet sein sollen. Also ich hoffe, dass das auch in weiterer Folge uns das gelingen wird. Trotzdem, obwohl ich glaube, dass er nicht notwendig sein sollte, werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antragstext im Großen und Ganzen zustimmen, wobei ich ein bisschen ein Problem habe, du beschäftigst dich in deinem Antrag meines Erachtens ein bisschen zu der jetzigen Phase mit Peanuts, obwohl jeder einzelne Punkt wichtig ist, es sind die Radwege wichtig, wobei ich ja sagen kann, scheinbar funktioniert die Koalition nicht ganz, weil die Radwege, das liegt eigentlich an euch, hättet ihr ja schon längst machen können, es sind die historischen Bausubstanzen wichtig, aber über diese Dinge, oder auch die Zwischennutzungen wichtig und können ausverhandelt werden. Aber wenn wir nicht einmal noch wissen, welche Ausweisungen quasi im Flächenwidmungsplan sein werden, also im Stadtentwicklungskonzept haben wir uns noch in sogenannten Pyjamaflächen drüberretten können, im Flächenwidmungsplan wird das nicht möglich sein, sind das für mich jetzt sozusagen einmal ein bisschen Randpunkte, die du ansprichst und deshalb möchte ich auch, ich weiß nicht, ob die Dringlichkeit zuerkannt wird, aber einen Zusatzantrag einbringen, den ich jetzt ganz kurz zitieren möchte, damit unsere Intentionen auch drüberkommen und zwar, mein Zusatzantrag zu deinem Antrag wäre:

„Des Weiteren wird Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht, auf das EigentümerInnenkonsortium einzuwirken, dass die im – vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen – Rahmenplan festgelegten Interessen der Stadt Graz in der Konzeption für die zukünftige Nutzung dieses Areals Berücksichtigung finden. Über die entsprechenden Gespräche wird der Bürgermeister den zuständigen Ausschuss ehebaldigst informieren.“

Die Hoffnung, dass das gelingen wird, dass quasi dieses Konsortium 1 : 1 diesen Rahmenplan übernimmt, ja sagen wir so, die Hoffnung stirbt zuletzt. Reden wir einmal, auch wir haben das Angebot eines Gesprächstermins mit einem Vertreter dieses Konsortiums. Wir werden uns das anhören, wir werden nachher beraten, wir werden einen Reininghausausschuss einberufen und dann schauen wir einmal, was wirklich herauskommt. Ich hoffe nicht, dass wir uns wieder hinsetzen müssen und

quasi den Rahmenplan völlig revidieren, es wird in gewissen Einzelteilen notwendig sein, weil ich glaube nicht, dass das 1 : 1 übernommen werden kann und das soll nicht passieren (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich möchte die Interessen der Stadt Graz sehr wohl wahren, aber andererseits möchte ich nicht dem neuen Konsortium oder den neuen Investoren schon jetzt so einen großen Rucksack umhängen und die Investoren schon von vornherein verjagen, mit dem nassen Fetzen verjagen, bevor sie nur ihren Kopf heraus gesteckt haben und einmal ihre Vorstellungen präsentiert haben. Also soweit einmal unser Beitrag zu diesem Thema. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte noch ganz kurz zu dieser Radwegsituation etwas sagen, weil Dagmar Krampfl das jetzt angesprochen hat. Für die Radwegführung entlang der Wetzelsdorfer Straße, die ja auch vor kurzer Zeit hier, ich glaube, vom FPÖ-Gemeinderat Lohr, noch einmal nachgefordert wurde, gibt es ja längst Planungs- und Finanzmittel. Einzig und allein das Gegenüber für dieses Grundstück hat uns gefehlt, weil Herr Scholdan eben nicht gesprächsbereit war, und der Radweg könnte schon längst errichtet sein, unabhängig davon, was mittelfristig und längerfristig dann stattfindet und da brauchen wir ein Gegenüber, deshalb haben wir gesagt, wir brauchen noch einmal ein Verhandlungsgegenüber, der Radweg ist dann schnell gemacht. Aber wir hatten mit Scholdan kein Gegenüber und jetzt hoffen wir, dass wir mit den Neuen hier weiterkommen.

GR. **Dreisiebner**: Herr Kollege Hötzl, interessante Geschichte. Gesprächstermin mit den neuen Eigentümern beziehungsweise mit der Rechtsvertretung des Eigentümerkonsortiums, interessante Sache, darum werden wir uns auch bemühen wollen, täte ich einmal sagen jetzt. Allerdings sehe ich es nicht so, dass ich mich

zuerst mit dem Vis-a-vis zusammensetze und danach eine Meinung habe und so interpretiere ich Ihre Worte, Kollege Hötzl, wir haben Beschlüsse, wir haben Absichten, die stehen hier und die sind einstimmig in diesem Haus verabschiedet worden, das soll das Vis-a-vis wissen und natürlich, wie es die Dagmar Krampfl auch sagt, wird man nicht sagen, das ist in Stein gemeißelt, sondern wird in einem oder anderem Punkt sicher auch Bewegung zeigen müssen, aber komplett ohne das gehe ich da nicht hinein. Aber ich nehme das zur Kenntnis. Peanuts sehe ich nicht in dem Thema, dass ich mir über Zwischennutzungen Gedanken machen. Hier werden noch einige Jahre ins Land ziehen und es vergeht praktisch die Zeit, ohne hier entsprechende Konzepte und Möglichkeiten zu eruieren. Es ist vielleicht noch nicht einmal genug nachgedacht worden, was man da wirklich alles tun kann. Die historische Bausubstanz ist meines Erachtens für viele Grazerinnen und Grazer, die ein Geschichtsbewusstsein haben, eine wichtige Sache, wir kommen aus einer Situation, wo diese Region ein industrieller Bezirk war und jetzt soll er anderen Zwecken zugeführt werden. Und wie es Lisa Rücker richtig ausgedrückt hat, dieser Radweg kann sogar gebaut werden, aber man benötigt die Grundstücksvorsorge und daraufhin, und das sind auch keine Peanuts, daraufhin wollen wir in unserem dringlichen Antrag hinweisen, wir benötigen diese Grundstücksvorsorge. Auch ein Punkt, wo man zum Investor geht und sagt oder der Investor kommt zu uns, wo man sagt, das ist aber notwendig. Dagmar Krampfl, ich bedanke mich bei dir und eurer Fraktion für den Zusatzantrag, halte ich für sehr sinnvoll, ich halte auch für sinnvoll, dass wir den Reininghausausschuss damit befassen, von unserer Seite die Unterstützung (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ja und ich bitte alle anwesenden Fraktionen um Unterstützung in Bezug auf Dringlichkeit und in der Sache (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Beiziehung nicht amtlicher Sachverständiger bei Feuerbeschau

GRin. **Binder** stellt im Namen von SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag wird auch von der Gemeinderatsfraktion der SPÖ unterstützt und er zielt auf das neue Feuer- und Gefahrenpolizeigesetz, das im Dezember im Steiermärkischen Landtag beschlossen wurde und dieses Gesetz beinhaltet auch eine neue Feuerbeschau mit doch einigermaßen weit reichenden Folgen. Für die Gemeinden bringt diese neue Feuerbeschau eine finanzielle und verfahrenstechnische Erleichterung, da Einfamilienhäuser nicht mehr zwingend eine Feuerbeschau durchführen müssen.

Die Feuerbeschau wird aber auch so geregelt, dass alle vier Jahre nur bei jenen Gebäuden durchgeführt werden oder Bauobjekten durchgeführt werden muss, die, wenn ein Brand ausbricht, wo der Brand besonders dramatische Folgen haben könnte, wie zum Beispiel bei Alten- und Pflegeheimen, bei Schulen, bei Krankenanstalten, Kindergärten, aber auch bei Hochhäusern...es ist alles so mühsam, wenn es so laut ist, meine Stimme tut da einfach überhaupt nicht mehr mit (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es wird wirklich sehr laut herinnen, ich ersuche um etwas mehr Aufmerksamkeit und wer Gespräche zu führen hat, die er nicht verschieben kann, bitte die nicht herinnen zu führen.

GRin. **Binder**: Es geht um diese Feuerbeschau bei den Hochhäusern. Bis jetzt hat diese Feuerbeschau so stattgefunden, dass amtliche Sachverständige eingesetzt wurden. Jetzt ist es so, dass die Hinzuziehung von nicht amtlichen Sachverständigen durchgeführt werden soll und dass die Kosten dieser nicht amtlichen Sachverständigen von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hochhäuser getragen werden soll. Jetzt ist es so, wenn es um Gewerbebetriebe geht, die leicht entzündbare Stoffe haben, ist es verständlich und nachvollziehbar, dass die Kosten für diese nicht amtlichen Sachverständigen der Gewerbebetrieb leisten soll und auch leisten kann. Bei Hochhäusern ist es aber so, dass die BewohnerInnen der Hochhäuser sicher nicht zu den einkommensstärksten Bevölkerungsgruppen in Graz gehören und mir geht es in diesem Antrag darum, dass diese BewohnerInnen finanziell entlastet werden beziehungsweise dieser Beitrag oder diese Kosten, die sie zu tragen hätten, stark minimiert werden soll.

Daher stelle ich im Namen meiner Fraktion und auch im Namen der Fraktion der SPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Das Präsidialamt wird in Abstimmung mit der Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die BewohnerInnen von Hochhäusern von den Kosten für die Feuerbeschau zu befreien beziehungsweise wie diese Kosten für die genannten Betroffenen minimiert werden können. Dabei sollen mögliche rechtspolitische Maßnahmen, wie eine Petition an den Landesgesetzgeber, Subventionen für die Betroffenen und anderes in diese Prüfung einbezogen werden.

Über das Ergebnis der Prüfungen ist dem Ausschuss für Personal, Organisation, EDV, Verfassung und Katastrophenschutz bis März 2012 zu berichten. Dankeschön
(Applaus Grüne)

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Antragstellerin! Wir werden der Dringlichkeit des Antrages zustimmen, wobei wir natürlich ein bisschen bei dem Inhalt, ich würde nicht sagen, Bauchweh haben, aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass gerade bei Hochhäusern Sicherheit über alles geht. Wenn man den Antrag, ich habe ihn mir ja ein-/zweimal durchgelesen ein bisschen vielleicht die Tendenz hat, dass man das Ganze vielleicht doch ein bisschen verschieben will und sagt, naja vielleicht schauen wir halt doch nicht mehr so genau, also das wollen wir auf keinen Fall. Wir wollen auf jeden Fall dieser Tendenz keinen Vorschub leisten und darauf aufmerksam machen, dass das sehr wohl, wir glauben, dass das sehr wohl wichtig ist, dass diese Beschau weiterhin durchgeführt wird, wobei ich persönlich sage, es könnten ruhig Amtssachverständige sein, dafür haben wir sie ja, das sind die Kollegen von der Berufsfeuerwehr, also deswegen sollen wir oder wollen wir haben, dass das sicher geprüft werden sollte. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen sehr aktuell, kennt jeder, der auf einer Kreuzfahrt war, wie locker da die Sicherheitsvorkehrungen, Sicherheitsübungen usw. und da sind halt ein paar Rettungswesten ausgegeben worden und das Ganze war mehr eine Hetz dann, wie die Hetz jetzt ausgegangen ist, sieht man ja leider in Italien. Und da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass man auch aufpassen muss, dass man eben bei solchen Anträgen, ich habe immer so die Befürchtung, dass es dann soweit geht, dass man sagt, vielleicht lasst man es doch, jetzt machen wir es in Einfamilienhäusern nicht mehr oder in Zweifamilienhäuser auch nicht mehr, vielleicht sparen wir uns dann auch das bei Hochhäusern, ich glaube, das ist sehr wichtig, weil besser zeitgerecht ein bisschen etwas zahlen und ein Menschenleben schützen, als wie dann nachher zu sagen, man hätte doch überprüfen sollen. Also wir werden zwar dem Inhalt zustimmen, wobei ich dann sagen muss, ich sitze auch in dem Ausschuss, ob wir natürlich dann, was auch immer herauskommt, wo wir dann im Ausschuss positiv portieren werden, das möchte ich noch dahingestellt sein lassen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder**: Also zum Schlusswort. Herr Kollege Korschelt, ich war ja selber verwundert, dass überhaupt die verpflichtende Feuerbeschau bei Einfamilienhäusern gestrichen wurde, das ist ein Landesgesetz, das halt im Dezember 2011 beschlossen wurde. Für mich ist eine Feuerbeschau dringend notwendig und es wäre wirklich schade, wenn Sie mich da missverstanden hätten, keineswegs will ich hier etwas nivellieren. Es ist wichtig, und vor allem in Hochhäusern auch, dass diese Feuerbeschau sehr genau durchgeführt wird. Also da hätten Sie mich wirklich falsch verstanden. Nur die Gemeinde hat das jetzt in der Hand zu entscheiden, ob sie jetzt die Kosten tatsächlich überwälzt auf die Bewohner und Bewohnerinnen der Hochhäuser oder ob sie sagt, nein, das schauen wir uns jetzt einmal an, wie kann das anders auch durchgeführt werden mit derselben Sorgfalt natürlich. Danke auch für die Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Automatische Erhöhung von Gebühren und Tarifen

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der Budgetsitzung vom 12.12.2011 wurden neben dem Budget der Stadt Graz auch die Gebühren für die Müllabfuhr und den Kanal für das Jahr 2012 beschlossen. Diese

Gebühren sollen laut Beschluss ab dem nächsten Jahr automatisch um die Inflationsrate erhöht werden und somit nicht mehr dem Gemeinderat gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt werden, außer der Gemeinderat beschließt von sich aus, dies zu ändern.

Die KPÖ wendet sich gegen diese Vorgangsweise, weil gleichzeitig Sozialleistungen nicht wertgesichert sind oder sogar gekürzt werden. Außerdem bedeutet die automatische Erhöhung dieser Gebühren eine zusätzliche Belastung und wirkt sich auch auf die Betriebskosten der Wohnungen aus, und gerade in Graz sind die Wohnkosten extrem hoch gegenüber den übrigen Städten in Österreich.

Seit einigen Jahren wurden diese Gebühren jährlich um einen Prozentsatz von 2 bis 3 % sowieso erhöht. Das Budgetbegleitgesetz wurde in diesem Zusammenhang zitiert und wurde auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kostendeckung auf alle Fälle gewährleistet sein muss.

Es wurden jedoch in der Vergangenheit auch Änderungen bei der Müllabfuhr, wie zum Beispiel die Entleerungsintervalle und die Größen der Restmüllbehälter, getätigt und hier vorangetrieben, um hier mehr Kosteneffizienz zu erhalten. Beim Kanal wurde und wird auch heute noch intensiv an einer Änderung der Berechnung der Kanalgebühren gearbeitet.

Mit dem Beschluss Haus Graz wurde nun der gesamte Bereich von Abfall und Kanal in die Holding Graz übertragen. Ein Servicevertrag, wie Sie wissen, mit der Holding regelt die Leistungen sowie die Finanzierung von Seiten der Stadt Graz.

Welche Kosten für die Berechnung des Deckungsgrades (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) der Gebühren herangezogen werden und welche Summe von Gebühreneinnahmen diesen gegenübersteht, wurde jedoch dem Gemeinderat bisher vorenthalten.

In einer Zeit, wo jeder von der Schuldenbremse spricht und viele Sparpakete von Seiten des Landes und des Bundes beschlossen werden, wird die Bevölkerung mehr als ausreichend zur Kasse gebeten. Für viele Menschen sind jedoch gerade diese

Gebührenerhöhungen bei Müll und Kanal ein zusätzlicher Griff in eine immer weniger gefüllte Geldtasche und werden so für manche zu einem wirklichen Problem.

Daher ist eine Offenlegung und detaillierte Aufstellung von Ausgaben und Einnahmen bei Müll- und Kanalgebühren gegenüber dem Gemeinderat und auch gegenüber der Öffentlichkeit nur gerechtfertigt. Das heißt, wir wollen auch wissen, wie die Einnahmen- und Ausgabensituation wirklich dasteht und wie weit der Kostendeckungsgrad tatsächlich erreicht ist und wie weit der Kostendeckungsgrad über den Kosten liegt und jetzt zur Budgetsanierung sozusagen herangezogen wird. Die Stadt sollte hier bei der Offenlegung auf alle Fälle mit gutem Beispiel vorangehen.

Aus diesem Grunde stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die zuständigen politischen Referenten werden ersucht, dem Beteiligungsausschuss und dem Gemeinderat bis zum Juni 2012 eine umfassende Kostenaufstellung, getrennt für Müllabfuhr und Kanalbenützung, für das Jahr 2011 vorzulegen.
2. Die Müll- und Kanalgebühren für das Jahr 2013 werden dem Gemeinderat wieder gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Ina! Die Umstrukturierung des Hauses Graz wurde ja unter anderem von Schwarz/Grün damit begründet, dass den GrazerInnen damit Synergiegewinne zugute kämen. Bis dato haben wir davon wenig, wenn überhaupt irgendwas gesehen. Im Gegenteil, sämtliche Gebühren wurden und werden angehoben. Ein Umstand, den die SPÖ ja schon öfters und oftmalig kritisiert hat. Einer automatischen Erhöhung der

Gebühren und Tarife können wir daher grundsätzlich nicht zustimmen in deinem Sinne. Wir erwarten uns auch bei sogenannten Valorisierungen klare Begründungen. Vor allem Begründungen dafür, warum offenbar die von Schwarz/Grün angekündigten Einsparungseffekte, lieber Gerhard, noch immer nicht den Grazerinnen und Grazern zugute kommen. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt unsere Zustimmung geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Kollegin Bergmann! Also das können Sie, glaube ich, von uns nicht verlangen, wir haben im Dezember, erst im Dezember vor einem Monat diesen Beschluss gefasst, dass wir die Gebühren im Bereich des Kanals und des Mülls ab diesem Zeitpunkt jeweils zu Jahresbeginn indexieren. Was hat sich jetzt in diesem Monat geändert, dass wir plötzlich von diesem Beschluss wieder zurückgehen sollen? Ich glaube, das ist aus diesem Grund schon klar, dass es nicht dringlich sein kann. Ich möchte gerne auch auf eine Aussprache ganz genau oder auf eine Benennung genau hinkommen und zwar, wir erhöhen wirtschaftlich gesehen nicht Gebühren, sondern wir erhalten den Wert dieser Einnahmen. Es ist eben eine Valorisierung entsprechend des VPI, des Verbraucherpreisindexes, das heißt, die Gebühren werden wirtschaftlich nicht erhöht, sondern sie erhalten ihren Wert, und die Koalition ist eben der Meinung, dass das in diesen Zeiten durchaus wichtig ist. Immer dann, wenn es aus irgendeinem Grund wichtig sein soll, dass wir diese Valorisierung nicht durchführen oder dass möglicherweise eine höhere Gebühr, also wirklich eine Gebührenerhöhung ansteht, dann muss das ohnehin der Gemeinderat beschließen. Also es ist klar, dass das, was die Koalition ohnehin schon seit 2008 macht, dass diese Gebühren jeweils am 1. Jänner über den Index angepasst werden, das ist die erste Geschichte. Zur zweiten Geschichte, ich möchte vorerst festhalten, dass aus diesem Grund für uns, für die ÖVP, der Antrag nicht dringlich ist. Beim zweiten Punkt habe ich sehr viel Verständnis, ich kann Sie auch informieren, dass selbstverständlich die Finanzdirektion jedes Jahr

eine Kalkulation der Gebühren und der Kosten, also der Einnahmen und der Aufwendungen, anstellt. Sie werden in dem Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss ermittelt und dann auch dargestellt, wir können gerne vereinbaren, dass wir das nicht nur als interne Unterlage haben, sondern dass wir das dem Rechnungsabschluss auch beilegen, können das durchaus auch gerne vor dem Juni 2011, wenn da die entsprechenden Daten vorhanden sind, darlegen, das sage ich gerne freiwillig zu. Ich darf Ihnen auch das Ergebnis vorwegnehmen. Man kann, wenn man die Frage beantworten will, ob Gebühren kostendeckend sind oder nicht, nicht einfach die Einnahmen und Ausgaben aus den Budgets nehmen, weil in dieser Einnahmen-/Ausgabenkalkulation eben viele Kostenkomponenten und Aufwendungskomponenten nicht dabei sind. Zum Beispiel Abschreibungen, zum Beispiel Rücklagendotierungen für Pensionen, das heißt, man muss von dem Einnahmen-/Ausgabensystem auf ein Aufwundertragssystem übergehen. Wir haben in der Finanzdirektion vor wenigen Jahren eine eigene Studie dazu ermitteln lassen, die auch vom Land akzeptiert worden ist, wir sind bei dieser Kostenkalkulation, bei dieser Gebührenkalkulation sowohl beim Kanal als auch beim Müll leicht über 100 % in einem zehnjährigen Durchschnitt. Also wir sind, glaube ich auch, deshalb sicherlich sehr berechtigt, dass wir sagen, der Wert dieser Einnahmen soll erhalten bleiben, sprich eine Indexanpassung. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ein paar Punkte zu unserer Position, was die Dringlichkeit betrifft. Ein paar Punkte hat der Herr Finanzstadtrat schon gesagt, es ist natürlich kein Problem, dass das im Finanz- oder Beteiligungsausschuss ausführlich dargelegt wird, soll auch sein, und wenn man das mit einem Antrag noch einmal forciert ja, warum nicht, es wäre, möchte ich betonen, so oder so möglich, also ist der Usus bisher, seit wir zumindest den Vorsitz haben, ich weiß nicht, wie es vorher war, dass solche Anfragen im Finanz- und Beteiligungsausschuss jederzeit beantwortbar sind. Das heißt, es wäre an sich dieser Punkt aus unserer Sicht nicht dringlich. Weil das

Anliegen aber ein wichtiges ist, dass man diese Übersicht bekommt, stimmen wir dem zu, obwohl man, wie gesagt, diese Informationen trotz, auch ohne so einen dringlichen Antrag im Finanz- und Beteiligungsausschuss bekommen kann. Was den zweiten Punkt betrifft, sehen wir das anders als ihr, die ihr den Antrag eingebracht habt. Eh so wie Stadtrat Rüschi das auch schon gesagt hat, es ist in Zeiten wie jetzt sinnvoller, das ist Koalitionsüberzeugung, dass es jährlich diese eben nicht Erhöhungen sondern Valorisierungen gibt, wie der Stadtrat auch schon gesagt hat, es ist sinnvoller, dass das, aus unserer Sicht, das es jährlich diese Anpassungen gibt, wie in anderen Bereichen auch, es werden auch Löhne und Gehälter jährlich angepasst, außer man ist Landesbediensteter, sinnvoll, dass jährlich moderat zu machen, als wenn dann in größeren Abständen, in Abständen von mehreren Jahren größere Sprünge da sind. Was jetzt die soziale Frage dabei betrifft, ja weil ihr sagt, es ist für Leute ohnehin jetzt schon oft schwierig genug, die Mietkosten aufzubringen. Das ist tatsächlich so, allerdings, wenn man so eine Regelung macht, wie ihr sie vorschlägt, dass man es grundsätzlich aussetzt die Valorisierung, unterstützt man das mit Geld, das die Stadt dringend für andere Sachen braucht, auch Leute, die vom Einkommen her kein bisschen darauf angewiesen sind, das heißt, es ist vom Umverteilungs- oder eben Nichtumverteilungsgrad her aus meiner Sicht sozial unsinnig, also auf jeden Fall nicht gerecht. Wichtiger wäre, dass wir diese *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)* Ressourcen durch zum Beispiel solche Reformen erwirtschaften, um dann auf anderer Seite wirklich zielgerichtet Unterstützung den Bedürftigen geben zu können und möchte dabei auch noch einmal betonen, es stimmt nicht, wenn es jetzt so gemeint war in dem Antrag, dass das Sozialbudget der Stadt Graz gekürzt worden ist. Das ist nicht gekürzt worden und es sind auch nicht die Sozialleistungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, gekürzt worden, was auf Landesebene passiert, ist eine andere Sache, aber wir sprechen jetzt hier über das, was in der Stadt Graz passiert und da haben wir keine solche Kürzungen vorgenommen. Deswegen wäre es auch vom zweiten Punkt her aus unserer Sicht inhaltlich keine Unterstützung, aber wie gesagt, Dringlichkeit, damit der Informationswunsch eine Erfüllung bekommt, dem stimmen wir zu.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Daniela Grabe! Diese Antworten waren für mich natürlich zu erwarten, also so, ich sage es jetzt nicht so, wie ich mir das denke, aber eines ist schon klar. Sie haben meine Erwartungen getroffen, aber deswegen möchte ich trotzdem nicht aufgeben, denn gerade dieser Punkt ist ein wesentlicher, auch bei uns in der Stadt und vor allem für die Bevölkerung, das trifft einfach jeden. Und wenn Sie sprechen vom Erhalten des Wertes der Einnahmen klingt das natürlich für mich auch plausibel, das heißt, für die Stadt ist es ein Plus, aber wir sind eigentlich die Vertreter einer, wir haben eine bestimmte Lobby, also wir sind eine bestimmte Lobby für bestimmte Menschen in dieser Stadt und für die ist das eigentlich nicht so einfach. Da machen vielleicht auch schon einmal zehn, zwanzig Euro dort und da, und das summiert sich, wenn es zu keinen Lohnerhöhungen kommt und die Löhne werden immer niedriger, dann macht das sehr wohl was aus für diese Menschen. Für uns ist es auch wirklich wichtig und ich bedanke mich bei Ihnen, wenn sie uns zugestehen, dass wir im Beteiligungsausschuss wirklich einmal eine genaue Kostenaufstellung kriegen. Es ist ganz klar, für uns ist es aus dem Rechnungsabschluss nicht klar ersichtlich, das kann auch gar nicht sein, weil viele verschiedene Kosten hier zusammenlaufen, aber gerade jetzt, nachdem das Ganze ausgegliedert wurde, ist es, glaube ich, für jeden im Gemeinderat sehr interessant, wie sich das zusammensetzt und wie sich das entwickelt. Und, wenn wir das im Beteiligungsausschuss behandeln, dann sehe ich diesen Antrag schon als Erfolg. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich kann mich jetzt nicht zurückhalten. Ich möchte noch einmal eine Wortmeldung auch hier als Vorsitzende beitragen. Als ehemalige Sozialarbeiterin beobachte ich nach wie vor genau, wenn Sozialdaten veröffentlicht werden. Gestern wurde veröffentlicht, dass im Bereich der Sozialhilfe der stärkste Anstieg dort zu verzeichnen ist, wo Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung nicht einmal den

Sozialhilfe- oder Mindestsicherungsrichtwert mehr erreichen und das möchte ich noch einmal auch ganz dezidiert an die KPÖ zurückgeben. Es ist, das haben wir schon einmal bei der Fernwärmediskussion gehabt, eine Frage des Einkommens, die nicht optimal geregelt ist in Österreich, es gibt im unteren Einkommenssektor ein dermaßen Abweichen von dem, was lebenssichernd ist beim Einkommen, das heißt, dort muss angesetzt werden, Gebühren immer herunterzuholen beziehungsweise möglichst lang politisch mit Gewalt niederzuhalten, damit die Leute sich das leisten können, nutzt erstens nur den Leuten mit mehr Einkommen und das Zweite ist, dass wir damit letztendlich das Problem von beiden Seiten in die Zange nehmen. Wir haben damit die Aushungerung von beiden Seiten. Die öffentlichen Haushalte werden ausgehungert und gleichzeitig wird nicht dort angesetzt, wo endlich die Einkommenssituation so ist, damit die Menschen sich das Leben leisten können und auch die Gebühren des öffentlichen Bereiches und deswegen noch einmal, wir hatten heute einen Beschluss hier, wo eine Einkommensanpassung im Bereich der Magistratsmitarbeiter/Mitarbeiterinnen vorgenommen wurde, wo genau darauf wieder reflektiert wurde, dass man gesagt hat, bei den unteren Einkommen mit einem absoluten Betrag stärker anzusetzen als in den oberen Bereichen, weil nur dann, wenn die Einkommen auch in den unteren Bereichen, obwohl Arbeit geleistet wird, existenzsichernd sind und ein normales Leben ermöglichen, sind wir dort, wo wir hin müssen und dort muss die volle Kraft hineingehen und dort sind wir auch die Partner beim Kampf für Mindestsicherung und für Mindesteinkommen. Aber bitte einmal das Pferd von dieser Seite aufzuzäumen (*Applaus Grüne*).

Der Wunsch nach der getrennten Abstimmung ist angekommen, aber zuerst gibt es noch die Diskussion des Antrages.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StRin. **Kahr** zum Antrag: Die Ina, meine Kollegin, Ina Bergmann hat im Wesentlichen eh das beantwortet, ich habe mich jetzt eigentlich zu Wort gemeldet, weil du dich zu Wort gemeldet hast und, liebe Lisa, wie die Einkommenssituation ist, die sehen wir tagtäglich. Also da gebe ich dir vollkommen Recht, dass man trotz Lohn/Gehälter sozusagen oft mit den Bezügen oft darunterliegen kann als wie Leute, die Mindestsicherung haben, dass man da was tun muss, das ist uns auch allen klar, das fordern wir schon seit was weiß ich, aber wir werden das Pferd so lange aufzäumen, gerade von dieser Seite, solange es diese andere Änderung nicht gibt, weil die Diskussion höre ich da in dem Gemeinderat auch schon seit zehn Jahren. Und die wird nicht nur nicht geführt, sondern es passiert genau das Gegenteil. Nämlich, überall gibt es Leistungskürzungen, Transferleistungskürzungen, ich brauche dir das nicht sagen, was auf Landesebene sich abspielt, die nächste Spirale wird jetzt vom Bund kommen, wir von der Kommune tragen durch diese Praxis noch dazu bei, dass es sich beschleunigt. Man kann dann, bin ich bei dir, genau bei dieser Diskussion, wenn es zu einer Entlastung, und genau zu dieser Diskussion kommt. Und eines muss ich auch sagen, diese sogenannte soziale Treffsicherheit, weil man muss ja dann wieder Einkommensregeln führen, die ist oft teurer, der ganze bürokratische Aufwand und diese Kontrolle, als wenn man letztendlich einigermaßen einige Jahre...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Deswegen wollen wir den Sozialpass.

StRin. **Kahr**: Der Sozialpass ist, da bin ich gespannt, wie er dann letztendlich ausschaut, ich hoffe, seit 1995 reden wir über den, um zu wissen, wie lange solche Diskussionen brauchen, aber ich wollte nur noch einmal darauf eingehen, wir werden das Pferd permanent von dieser Seite aufzäumen, weil es ganz konkret die Leute

trifft, die in Wirklichkeit nicht mehr ein und aus wissen und das Sozialamt schon lange nicht mehr in der Lage ist, das zu kompensieren (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Diskussion geht weiter. Jetzt wollte ich mich einfach zu Wort melden. Ich habe vollstes Verständnis und es wird niemandem entgehen, dass wir im unteren Einkommensbereich, im Bereich der Armut, große Probleme haben. Aber als Finanzstadtrat wird mir das jeder nachsehen, ich halte es einfach für fatal und für wahnsinnig kurzfristig zu glauben, wir können dieses Problem lösen, indem wir unsere Gebühren nicht mehr erhöhen. Wir unterminieren damit unsere finanzielle Sicherheit für die Erbringung von Infrastrukturleistungen, die wichtig sind für die Entwicklung der Stadt. Also dieser Schluss sozusagen, es funktioniert nicht über die Sozialpolitik, über die Mindestsicherung usw., aus diesem Grund erhöhen wir die Gebühren jetzt nicht mehr. Das führt, wenn im besten Fall, dazu, was die Gemeinde Wien machen musste, nämlich gerade in einer rot/grünen Koalition, was den Grünen sicherlich nicht sehr gut angekommen ist, Gebühren zu erhöhen im Ausmaß von 33 % beim Wasser, auch im Bereich der Parkgebühren, dort sicherlich auch politisch bedingt, aber auch in anderen Bereichen in einem so hohen Maß, wo dann wirklich sehr, sehr viele ganz massiv betroffen sind. Ich halte den Weg einfach für besser, indem wir sagen, wir erhöhen jedes Jahr oder wir passen eben an, wirtschaftlich wie gesagt einfach eine Wertanpassung, wir lassen und haben damit eine gesicherte ökonomische Basis und dürfen uns auf der anderen Seite natürlich nicht damit befriedigen mit dem Ergebnis in der Sozialpolitik, aber das hat die Daniela Grabe, glaube ich, sehr gut ausgeführt, wir haben dort eben auch keine Budgets gekürzt, sondern im Gegenteil, in diesem Jahr sogar um 150.000 Euro erweitert um ein Budget für weitere ERFA-Maßnahmen. Also ich denke, dass wir dort jedenfalls das tun, was wir tun können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es ist eben immer eine Frage auch der Schwerpunktsetzung meiner Meinung nach. Wir haben ja in diesem Antrag auch nicht umsonst diese Kostenaufstellung auch gefordert, weil wir natürlich auch wissen möchten, wie viel macht diese Erhöhung in Zahlen tatsächlich aus und kann die Stadt auf das verzichten. Die Stadt gibt sehr, sehr viel Geld für sehr, sehr viele Dinge aus und es ist eine Frage, man kann auch eine Entscheidung treffen, wenn man die Kosten tatsächlich vor sich liegen hat, dann können auch wir das besser nachvollziehen und entscheiden, kann die Stadt sich das leisten oder nicht. Aber solange wir eigentlich nur von imaginären Zahlen reden, wir haben eine Gesamtsumme im Rechnungsabschluss, was die Gebühren gesamt ausmachen, aber es wäre auch interessant zu wissen, was genau diese Erhöhung ausmacht. Wie die Kosten sind. Um wie viel Geld wir da wirklich reden, um das geht es und dann können wir, glaube ich, weiterdiskutieren. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

6) Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ja bereits auch beim ersten dringlichen Antrag, den der Kurt Hohensinner eingebracht hat, zum Teil auch um Fragen der Wohnbauförderung gegangen, den wir, glaube ich,

einstimmig dann jetzt auch so beschlossen haben. Allerdings nützen natürlich auch geänderte Kriterien bei der Wohnbauförderung nichts, wenn keine Mittel da sind und um diese Frage geht es auch bei meinem Antrag. Wir gehen zunächst einmal davon aus oder beobachten, dass die Einwohnerzahl der Stadt Graz kontinuierlich und relativ rasch ansteigt. Damit verbunden ist natürlich auch ein wachsender Bedarf an neuem Wohnraum. Die Mehrheit der neuen Grazerinnen und Grazer in unserer Stadt können sich allerdings natürlich kein Eigenheim leisten, sondern sind auf Mietwohnungen angewiesen. Die Mieten in Graz, in der Steiermark und insbesondere in Graz zählen allerdings auf dem freien Wohnungsmarkt zu den höchsten in ganz Österreich.

Daher ist eine Forcierung des geförderten Wohnbaus ein dringendes Gebot der Stunde. Mit 31.12.2008 wurde das sogenannte Zweckzuschussgesetz des Bundes außer Kraft gesetzt. Damit wurde auch die Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel aufgehoben, die Zahl der jährlich mit Förderungsmitteln errichteten Wohnungen stagniert beziehungsweise ist sogar leicht rückläufig und das bei steigendem Bedarf.

Das Land Steiermark räumt diesen Förderungstopf aus, um damit Budgetlöcher zu stopfen. Welche Konsequenzen diese Entwicklung haben wird, liegt auf der Hand: Die Steiermark und insbesondere Graz als stark wachsendes Ballungszentrum steuert ungebremst auf eine Situation zu, in der es zu wenig leistbaren Wohnraum geben wird. Gleichzeitig wird dazu auch noch die Wohnbeihilfe auf Landesebene gekürzt.

Es verwundert daher nicht, dass nicht nur die Interessensvertretungen der Mieterinnen und Mieter, sondern auch 94% der österreichischen Kommunen sowie die Bundesinnung Bau für eine Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel eintreten.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

1. Der Bundesgesetzgeber wird im Petitionsweg aufgefordert, mit dem nächsten Finanzausgleichsgesetz das Zweckzuschussgesetz, mit dem die Zweckbindung der Mittel aus der Wohnbauförderung garantiert wird, zu adaptieren und wieder in Kraft zu setzen, und

2. das Land Steiermark wird im Petitionsweg aufgefordert, bis zu einer entsprechenden Änderung der bundesgesetzlichen Situation im Sinne von Punkt 1 die für die Wohnbauförderung lukrierten Ertragsanteile ausschließlich für den geförderten Wohnbau zu reservieren.

Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Die Budgetmittel im Land Steiermark für die Wohnbauförderung betragen rund 400.000 Millionen Euro jährlich, davon sind allerdings 220 Millionen verpflichtend für Altlasten, 100 Millionen gehen schon in die Forderungen der Banken über, also bleiben 80 Millionen Euro über. Diese 80 Millionen Euro teilen sich auf auf 40 Millionen Sanierung und 40 Millionen Neubau (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Du hast, lieber Kollege Eber, in deinem Antrag richtig bemerkt, dass am 31.12.2008 der Zweckzuschuss vom Bund außer Kraft gesetzt wurde, es gibt dahingehend ja auch einen Landtagsbeschluss, der dies wiederum eingefordert hat, allerdings ein ablehnendes Schreiben vom Bundeskanzleramt vom 27.7.2010, worin steht eben, dass die Zweckbindungen gegenüber Ertragsanteilen ohne Zweckbindungen umgewandelt wurden. Ich darf auch noch zum Punkt zwei kommen, auch das Land Steiermark, es liegt ja so ein Antrag im Landtag momentan vor, dieser Antrag wurde noch nicht abgeschlossen, sondern einem Untersuchungsausschuss zugewiesen, dort wieder weiterverhandelt und weiterberaten darüber.

Nichtsdestotrotz sind wir als ÖVP hier im Gemeinderat der Meinung, dass wir dieser Dringlichkeit ebenfalls zustimmen und auch dem Antrag. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Modellversuch Rechtsabbiegen bei rotem Ampellicht

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer! Ein Thema, das hier ja schon mehrmals auf der Tagesordnung war, das Rechtsabbiegen bei rotem Ampellicht. Zuletzt stellte ich am 9. Juni im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs einen dringlichen Antrag, der einen solchen Modellversuch zu erarbeiten zur Veranlassung gebracht hätte.

Ich erlaube mir im Folgenden, kurz noch einmal Passagen dieses Antrages zu zitieren, er lautete:

„Es ist nicht zu leugnen, dass vielen Städten Europas der Verkehrsinfarkt droht. Wir müssen zudem zur Kenntnis nehmen, dass Graz hierfür leider eher Paradebeispiel, denn ein Ausnahmefall ist. Scharen von Pendlern kommen auf dem Weg zu ihrer Arbeit nahezu täglich mit dem Pkw in unsere Stadt. Das daraus resultierende stark gestiegene Verkehrsaufkommen stellt sowohl in ökologischer wie auch aus verkehrslogistischer Sicht hohe Anforderungen an die Entscheidungsträger.

Stop-and-go-Verkehr verursacht bekanntlich im Vergleich zu gleichmäßiger Fahrweise höhere Emissionen und zusätzlichen Treibstoffverbrauch.

Ergänzend hierzu könnte an ausgesuchten Kreuzungen das Rechtsabbiegen bei rotem Ampellicht erlaubt werden. Auch dieses Modell ist in zahlreichen Städten in den USA und Kanada bereits seit vielen Jahren gang und gäbe.

Zudem haben auch deutsche Städte diese Verkehrsmaßnahme erlaubt. Die Erfahrungsberichte sind durchwegs positiv, wobei die Bevorrangung von Fußgängern und Radfahrern hiervon unberührt bleiben soll.“

Dieser Antrag ist damals von mehreren Parteien auch diskutiert worden, von der KPÖ haben wir beispielsweise gelernt, dass es auch in der DDR das Rechtsabbiegen gegeben hat. Schlussendlich ist der Antrag auch mit den Stimmen der Volkspartei abgelehnt worden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf GR. Schröck: Aber nie über die Grenze.

GR. Ing. **Lohr**: Bitte wieder um etwas Geduld. Schlussendlich, überraschender Weise kommt es dann aber in den Reihen der Volkspartei zu einem kollektiven Einsichtsverhalten, weshalb der ÖVP-Nationalrat Bernd Schönegger in der „Kronen Zeitung“ vom 3. Jänner dieses Jahres wie folgt formulierte:

„Im Kampf gegen den Feinstaub geht es auch darum, unnötige Steh- und Stauzeiten zu minimieren und den Verkehrsfluss zu beschleunigen.“

Hier ist es dann anscheinend rund um die Adventszeit beim Kollegen und auch Stadtparteisekretär, beim Herrn Abgeordneten Schönegger zu einer Einkehr gekommen, zu einer Einsicht, das hat uns sehr gewundert, aber wir haben uns dann gefreut, dass wir in seiner Anfrage betreffend Rechtsabbiegen bei Rot als mögliche Maßnahme zur Feinstaubbekämpfung, am 7. Dezember hat er das im Nationalrat an die Bundesministerin Bures hat er eine Anfrage gestellt, die darf ich auch kurz

zitieren. Hier schreibt er: „Ohne Zweifel ist das Rechtsabbiegen bei Rot“, und jetzt bitte zuhören, „das belegen Studien in Deutschland, eine gute Möglichkeit, um Staus abzubauen und um Lärm- und Abgasemissionen zu verhindern. Hinsichtlich der Verkehrssicherheit zeigt sich laut ADAC, dass sich die Unfallzahlen an den mit Bedacht ausgewählten Einsatzorten nicht erhöht haben.“

Abgesehen vom Umstand, dass man sich in den Reihen der FPÖ durchaus erfreut zeigt, wenn ein Kollege der Volkspartei aus thematischer Notlage hier uns hilft, ist diesen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen.

Um die schriftliche Anfrage von Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Schönegger an Frau Bundesministerin Bures entsprechend zu unterstützen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die geeigneten rechtlichen Schritte zur Durchführung eines befristeten Pilotprojektes hinsichtlich des Rechtsabbiegens an ausgesuchten Kreuzungen bei rotem Ampellicht zu erarbeiten und diese in der Folge dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme und zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.00 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Gemeinderat Lohr! Der Antrag war ja schon einmal da, ich werde heute ein bisschen mehr eingehen auf die inhaltliche Komponente, letztes Mal habe ich Ihnen die Rückmeldung gegeben, dass es in Österreich schon mehrfache Diskussionen, auch in den 90er-Jahren, gab, im Städtebund, im Ministerium, in den zuständigen Arbeitsgruppen zum Thema Straßenverkehrsordnung und immer die Entscheidung war, dass das nicht sinnvoll ist. Ich sage einfach, das Bundesministerium würde einem Modellversuch in Graz gar nicht zustimmen, weil diese Ansuchen und Anfragen seit den 90er-Jahren immer wieder kommen und immer wieder abgelehnt wurden. Ich will ein Schmankerl aus der Stellungnahme des Bundesministeriums, einen Satz, Ihnen auch nicht vorenthalten, vielleicht ist das bezogen auf die österreichische Verkehrsmentalität, ich würde es ein bisschen so lesen. Die sagen zum Beispiel, dass es zu einer Verschlechterung der Verkehrssicherheitssituation führen würde, da die physikalischen Grenzen der menschlichen Auffassungsgabe, sowohl jener von Autofahrerinnen und Autofahrern, aber auch jener von Radfahrerinnen und Radfahrern überschritten werden, das sagt das Bundesministerium zu dem Thema. Ist einfach nur eine interessante Aussage. Aber auf dem aufbauend, weil hier die RadfahrerInnen vorkommen, möchte ich mich in der Argumentation nicht auf das Modell von Amerika oder Kanada einlassen, weil wir dort erstens völlig andere Straßensituationen haben auf den Straßen, wer immer einmal in Amerika unterwegs war, weder viele, geschweige denn manchmal gar keine Radfahrer und auch wesentlich weniger Fußgänger und Fußgängerinnen unterwegs sind, wie Sie alle sehr gut wissen. Aber, ich habe mir die deutsche Situation angeschaut, weil auch in Deutschland eine vergleichbare Regelung übernommen wurde noch aus DDR-Zeiten. In der DDR gab es das Rechtsabbiegen bei Rot; mit dem Zusammenwachsen der beiden Deutschlands wurde dann eine Grünpfeilregelung eingeführt, wer in Deutschland unterwegs ist, kennt das. Es gibt eine Ampel und dort, wo es möglich ist, gibt es dann einen fixen grünen Pfeil, der erlaubt bei Rot unter bestimmten Bedingungen nach rechts abzuzweigen. Eine der Bedingungen, die dann nachgeschärft wurde, also diese Maßnahme wurde immer mehr nachgeschärft und

mit immer höheren Strafen versehen, wenn man sie überschreitet die Vorgaben, weil es eben als gefährlich wahrgenommen wird, dass trotzdem die Autofahrer, wenn sie auf diese Ampel zufahren und die Hauptampel rot ist, trotzdem jedes Mal stehenbleiben müssen, das heißt, jeder der hinfahrt, muss, bevor er nach rechts abzweigt, auch wenn dieser Grün-Pfeil ist, stehenbleiben. Was einerseits dazu führt, dass viele das missachten und damit 70 Euro plus drei Punkte, ist die Kostenlage derzeit, und auf der anderen Seite, die die sich daran halten, immer wieder zu Auffahrunfällen führen, weil eben nicht alle sich daran halten, das ist die Erfahrung aus Deutschland. Und, was mir dann besonders aufgefallen ist und da würde ich gerne aus Grazer Sicht eine Beurteilung dem Gemeinderat überlassen, gibt ja jetzt die Möglichkeit, es gibt auch bestimmte Regeln, unter welchen diese Rechtsabbiegemöglichkeit in Deutschland überhaupt stattfindet und die reduziert sich auf sehr wenige, weil, wenn Schienenfahrzeuge involviert sind in die Kreuzung, geht es nicht, wenn Linksabbieger von gegenüber diesen grünen Pfeil haben, den sie kennen, weil Linksabbiegen, wenn der grüne Pfeil eingeschaltet ist, geht ja, dann geht es nicht, wenn zu starker Fahrradverkehr stattfindet, geht es nicht. Es wird davon Abstand genommen, wenn viele seh- und gehbehinderte Personen unterwegs sind, wenn wir uns jetzt als Stadt Graz zu Barrierefreiheit in allen Bereichen verpflichtet haben, dann frage ich mich, wie wir Kreuzungen auseinanderklauben wollen, wo wir sagen, dort dürfen jetzt Seh- und Gehbehinderte mehr oder weniger unterwegs sein, das heißt, es gibt sehr viele Einschränkungen in Deutschland, sodass es ein paar solcher Kreuzungen gibt. Aber wie gesagt, die Erfahrungen damit sind nicht unbedingt ermutigend, auch hier in Graz auf so einen Modellversuch zu bestehen. Abseits davon muss ich eben leider rückmelden, dass wir im Ministerium, und wenn wir auf die Homepage der Frau Ministerin sehen, die hat dort so einen Fragen-/Antwortenkatalog im Internet aktuell, da kommt diese Frage immer wieder und die Antwort ist immer wieder dieselbe, wurde vielfach diskutiert und von Experten von allen Seiten, in diesen Arbeitsgruppen zur StVO sitzen nicht nur die Fans des Nichtautofahrens, sondern eben auch die Autofahrerklubs drinnen, immer wieder abschlägig beantwortet wurde und so ist die Haltung des Ministeriums und deswegen

würde ich meinen, dass wir auch mit einem Modellversuch, der immer vom Ministerium bewilligt werden muss in Österreich auf Grundlage der Erfahrung und auch aufgrund der Schwerpunktsetzung, die wir in Graz haben, nicht weiterkommen. Weil bei uns ist eine klare Schwerpunktsetzung, wir haben Schienenverkehr, wir haben Barrierefreiheit als Prinzip und wir haben gar nicht wenige RadlerInnen und FußgängerInnen und ich hoffe, in Zukunft noch mehr, und damit ist die Verkehrssicherheitssituation, eine Zuspitzung würde dann damit einhergehen, die, ich denke, vom Ministerium sicherlich nicht gestattet werden würde. Aber wie gesagt, der Gemeinderat stimmt ab, ob das weiterverfolgt werden soll oder nicht. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.05 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es ist ja fast typisch, es kommt ein Vorschlag einer Oppositionspartei und das Erste, was die Frau Vizebürgermeisterin dazu zu sagen hat, ist nein. Ein kategorisches Nein zitiert dann irgendwelche angeblichen Studien, zitiert dann irgendetwas aus dem Internet heraus, wobei es nur...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wenn du Studien zitierst, sind sie auch nicht angeblich. Wie sprichst du?

GR. **Eichberger**: Wieso die Aufregung, meine Damen und Herren?

Zwischenruf GRin. Binder: Das ist abwertend.

GR. **Eichberger**: Ich tu das nicht abwerten, ich stelle das jetzt fest und tun wir da jetzt nicht Erbsen klaben. Entschuldigung, darf ich jetzt weiter fortsetzen? Angeblich, ich habe es nicht geprüft, deshalb für mich angeblich, also so ist es und nicht anders. Das heißt im Klartext, es geht um einen Antrag eines Kollegen, der lediglich vorhat, dass man etwas probiert, no net, dass das dann letztendlich umgesetzt wird, dass das für alle Grazer Kreuzungen gilt, sondern er fordert schlicht und einfach einen Probetrieb, um gewisse Dinge einfach hier zu probieren, ob es für Graz machbar ist, ob es möglich ist. Und deshalb wundert es mich schon, dass hier die Bereitschaft unserer Frau Vizebürgermeisterin, gleichzeitig Verkehrsreferentin, bei diesen Dingen, die von anderen Fraktionen kommen, endenwollend ist. Wir haben für alles Mögliche haben wir Gelegenheit, Geldmittel, Zeit, Pressemeldungen hinauszugeben, wenn es um die Realisierung, wenn es um den Versuch, um die probeweise Einführung von gewissen Dingen geht. Ich darf hier nur einfach zwei Beispiele bringen, Shared-Space ist auch nicht überall jetzt gerade dieser Hit, sondern die Frau Vizebürgermeister hat sich drübergetraut, hat den Mut gehabt zu sagen, sie will das machen. Ob es gut ist, ob es schlecht ist, bleibt dahingestellt. Ich denke an...

Zwischenruf GR. Schröck: Brauchst nicht hinstellen, kannst ruhig sagen, schlecht ist.

GR. **Eichberger**: Das kannst ja du dann sagen. Ein weiteres Beispiel, wo ich denke, wo sie Mut bewiesen hat, wo auch der eine oder andere gesagt hat, ist das notwendig, dass ich einfach Fahrräder mit einem Straßenbahnanhänger einfach nach Mariatrost transportieren möchte, das heißt, es gibt sehr wohl Bereitschaft, etwas zu tun, etwas auszuprobieren, aber wenn es von Oppositionsparteien kommt und wenn es nicht im eigenen Haus, vom eigenen Kollegen kommt diese Idee, wird sie von vornherein schlecht geheißt, wird sie niedergemacht, wird es nicht einmal einen Versuch wert erlaubt. Ich möchte...

Zwischenruf GRin. Potzinger unverständlich.

GR. **Eichberger**: Was ist denn los, bist du jetzt Familiensprecherin oder Verkehrssprecherin? Dein Verkehrssprecher kommt eh dran, nimm ihm das Geschäft nicht weg, er hat sicherlich bessere Argumente als du. Darf aber zum Schluss...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das Gemeinderatsprotokoll der letzten Diskussion, ich habe mir ausgehoben, da waren es 15 Seiten Protokoll für die gleiche Debatte, deswegen ist es offensichtlich ein sehr emotionalisierendes Thema, aber du kommst jetzt zum Ende deiner Ausführungen und ich ersuche die werten Zuhörenden und das sehr interessierte Publikum hier im Gemeinderatssaal, dem Gemeinderat auch zu lauschen und sich zu Wort zu melden, wenn es was gibt.

GR. **Eichberger**: Abgesehen davon, dass wir als SPÖ-Fraktion bereits im Jahr 2008 in unserem Verkehrsplan für Graz einen ähnlichen Versuch vorgeschlagen haben und wir auch im Juni des vorigen Jahres diesem Vorschlag und diesem dringlichen Antrag zugestimmt haben, werden wir auch jetzt natürlich dieser Einführung eines Probetriebes unsere Zustimmung, sowohl was die Dringlichkeit als auch den Inhalt betrifft, zustimmen, weil es einfach darum geht, dass wir nicht glauben, dass Grazerinnen und Grazer bei einem Modellversuch, bei einem Pilotversuch in diese Richtung einfach überfordert sind und das geistig nicht schaffen. Ok, in diesem Sinn ein klares Ja zur Dringlichkeit und zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Lieber Roland, lieber Klaus! Ich möchte auf dich eingehen. Ich stimme dir da voll zu, was die Behandlung der Opposition anbelangt hier im Hause und mit den Ideen und Anträgen, die von uns allen gestellt werden. Die einzige Kritik, die ich bei dir habe, ist, mich wundert es gar nicht, wie die Frau Vizebürgermeisterin reagiert, nämlich in diesem konkreten Vorschlagsbereich, denn sie hat sich ja bereits eingangs in dieser Funktionsperiode offenbart, als sie gesagt hat, sie wird in dieser gesamten Periode, immerhin über fünf Jahre, keine einzige Maßnahmen treffen, die für den Individualverkehr, sprich Pkw-Verkehr, in Graz etwas Positives bewirken wird. Und das wirkt sich jetzt natürlich aus bei deinem eigenen Antrag, bei deinem eigenen Begehren, das du geäußert hast, das wirkt sich aus beim Rechtsabbiegen bei den Ampeln, das wirkt sich bei der ganzen Feinstaubthematik aus mit den Vorschlägen, hier entsprechende Sperrzonen für den Individualverkehr einzurichten. Wo man hinschaut, ist die gleiche Linie erkennbar, so auf der einen Seite charakteristisch, man kann sagen, das ist ein Universalmerkmal der Grünen, dass sie hier gegen den Individualverkehr einfach auftritt, soll so sein, meine Linie ist es mit Sicherheit nicht, weil ich der vernünftigen, glaube ich, durchaus vernünftigen Auffassung bin, dass es einen adäquaten Mix geben muss zwischen öffentlichem Verkehr, zwischen privatem Individualverkehr und hier einfach sozusagen dieser notwendige Mix sehr störend

behandelt wird hier, sehr falsch auch argumentiert wird, bis hin zur Feinstaubthematik, die ich heute angeschnitten habe, wo ich eben aufgezeigt habe, dass der Anteil des öffentlichen Verkehrs an der Feinstaubproduktion, an den Emissionen kein unerheblicher ist, also ein durchaus maßgeblicher ist, wie man in Wien gesehen hat. Und sich dann als Grazer Vizebürgermeisterin dabei grundsätzlich auszureden, dass das vom Ministerium möglicherweise abschlägig behandelt wird, ist eine Spitze auf der Krone, weil was stört es sonst einen Bürgermeister, einmal einen Brief nach Wien zu schicken, ein Anliegen, das von der Kommune, das von den Bürgern der jeweiligen Gemeinde unterstützt und getragen wird, ablehnen sollen dann gefälligst die, die es entweder nicht verstehen oder die es nicht mittragen wollen, das soll so sein, aber dann weiß man wenigstens, wo der Schuldige ist, wenn der Schuldige gleich in Graz sitzt, dann kann man nichts machen. Danke.

GR. **Schröck:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FPÖ will rechts abbiegen, der Neuigkeitswert hält sich in Grenzen, aber diese Diskussion zeigt mir dann zumindest doch die Wandelbarkeit der Volkspartei, was ja durchaus was Positives ist. Ich kann mich noch gut an den April des vergangenen Jahres erinnern, als die Volkspartei wirklich jedes Argument gefunden hat, um diesen Antrag, der damals schon vom Kollegen Lohr eingebracht wurde, hier abzulehnen und dann stellt der Stadtrat in Startlöchern, Schönegger, eine Anfrage an die Frau Ministerin und plötzlich ist das eine ÖVP-Idee, plötzlich, und ich habe schon gehört, ihr werdet diesem Antrag natürlich nicht zustimmen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sei geduldig.

GR. **Schröck**: ...weil es war ja eh eure Idee, die der Herr Stadtrat in spe dann erfunden hat. Ist in Ordnung, aber gut, wenn es tatsächlich dazu kommen sollte und wenn es um das Wohl der Stadt geht, dann soll mir das Recht sein, wenn die Volkspartei hier einmal mehr Flexibilität beweist. Sicher ist nur, Kollege Lohr, sollte es tatsächlich zu der Umsetzung kommen, wird auch die ÖVP hier die erste Partei sein, die sich diesen Erfolg auf die Fahnen heften wird. Also du wirst damit leider nichts ernten und zur notorischen, ideologischen Autohasserin, Frau Vizebürgermeisterin, mir fällt nur ein, zu Ihnen fällt mir nur ein, was die Motorölindustrie nicht geschafft hat, Lisa Rücker wird es schaffen. Danke.

GR. **Mayr**: Danke, lieber Kollege Georg Topf, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Roland! Du weißt es selbst und spätestens nach der Lektüre der Anfrage unseres Nationalratsabgeordneten Bernd Schönegger, diese Sache muss auf Bundesebene geklärt werden. Also wir können im Magistrat rechtlich nichts regeln. Das ist eine Bundesangelegenheit, Straßenverkehrsordnung, Kollege Schönegger hat diese Anfrage gestellt und wird sich bemühen, dass so ein, zumindest ein Feldversuch einmal möglich sein wird. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt dieser Antrag für uns nicht dringlich. Zweitens inhaltlich möchte ich noch Folgendes sagen, zweitens möchte ich inhaltlich noch Folgendes anmerken: Wir sollten einmal mit offenen Augen durch die Stadt gehen und überlegen, an welchen Kreuzungen das in Graz überhaupt möglich wäre, weil ihr müsst aufpassen, wir haben da und dort Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer, andere Verkehrsmittel, also es gibt nur ganz wenige Kreuzungen in Graz wo sozusagen freies Rechtsabbiegen auch bei Rot möglich wäre. Und an diesen Kreuzungen wurde an sich die Ampel so konstruiert oder die Ampelanlage, dass der Rechtsabbieger eben zum geeigneten Zeitpunkt ein Grünlicht bekommt. Also es würden an sich nicht sehr viele Kreuzungen übrig bleiben, aber wir sind da natürlich flexibel und Ideen immer aufgeschlossen und wir gehen davon aus, dass die Frau Bundesministerin eben auf

diese Anfrage hin durchaus einen Pilotversuch ermöglicht. Bis dahin warten wir einmal ab und daher ist der Antrag für uns nicht dringlich (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Da haben wir jetzt wieder eine große Debatte losgetreten. Zuerst zu den Grünen, zur Frau Vizebürgermeister, da würde ich einmal einen Blick zu den Kärntner Grünen empfehlen, dort sind sie noch nicht in der Regierung und genau dort fordern die Kärntner Grünen eben auch dieses Rechtsabbiegen bei Rotlicht. Also nicht immer nur, wenn man dann in Verantwortung ist, alles schlecht machen, sondern auch den Basisgrünen in diesem Fall einmal vertrauen, und ein Blick nach Kärnten, das wissen wir Freiheitliche, schadet nie und ich bitte darum, mit den Kollegen in Kärnten Kontakt aufzunehmen. Das ist sicher ein Bundesland, wo man noch das eine oder andere anschauen kann. Zum Inhalt her, die Frau Vizebürgermeister tut da die Grazer Verkehrsteilnehmer, das Budget nicht, den Verkehr haben wir heute als Thema, die Verkehrsteilnehmer so abkanzeln, dass sie nicht fähig sind zu schauen, wenn sie rechts abbiegen, dass das alles sozusagen auf gut steirisch Dodeln sind, dann dürften die gar keinen Führerschein bekommen, also bitte, es gibt sehr verantwortungsvolle Autofahrer und es gibt sicher Kreuzungen, wo es eben ohne Probleme und zu einem schnelleren Fortkommen beim Rechtsabbiegen gibt. Zur SPÖ sage ich, danke, Klaus Eichberger, für die Unterstützung und jetzt kommen wir schon zum größeren Koalitionspartner. Die ÖVP versteht hier herinnen wirklich keiner, man merkt es an den nervösen Zwischenrufen, der Stadtparteigeschäftsführer macht halt eine andere Politik in Wien als der Koalitionspartner in Graz darf. Ihr werdet wieder einmal zurückgepfiffen von eurer grünen Aufpasserin, das ist eine logische Konsequenz, damit müssen wir leben und ich bitte halt darum, dass dann wenigstens der Kollege Schönegger in Wien starr und stur bleibt auf dem Thema drauf und dann werden wir sicher spätestens nach der nächsten Gemeinderatswahl auch hier in Graz erleben, dass wir bei Rotlicht rechts

abbiegen können. In diesem Sinne bitte ich alle anderen um Zustimmung zu diesem sinnvollen Vorschlag (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir sparen uns beim Thema Ampeln und Verkehr die Gymnastikstunde, ist doch angenehm oder? Also da kommt einiges in Fahrt und ich habe, glaube ich, so ein bisschen von mir, ihr müsst euch dann bei den Wahlplakaten einigen ihr beiden, weil ihr werdet beide eine Ampel draufhaben, habe ich den Eindruck.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Vermehrte Reinigung von Straßen, Parkanlagen und Plätzen

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Mein dringlicher Antrag heute handelt um die vermehrte Reinigung von Straßen, Parkanlagen und Plätzen. Auf der Homepage der Stadt Graz wird unsere Landeshauptstadt unter anderem mit folgenden Worten beschrieben:

Hohe Lebensqualität, vitale Wirtschaft, Bildung und Kultur machen die steirische Landeshauptstadt aus.

Gerade der Faktor Lebensqualität wird neben anderen Komponenten auch vom äußeren Erscheinungsbild und der Sauberkeit unserer Stadt entscheidend beeinflusst. Gegenwärtig macht Graz allerdings sowohl auf die Einwohner als auch auf Besucher keinen besonders gepflegten Eindruck. Zahlreiche Bürgerbeschwerden, unterlegt mit entsprechenden Fotodokumentationen, thematisieren eine zunehmende Vermüllung und Verschmutzung von Straßen, Parkanlagen und auch Haltestellen. Wie uns von beschwerdeführenden Bürgern mitgeteilt wurde, sei ein zunehmender Grad an Verschmutzung gemäß einer Auskunft der Holding Graz auf die Jahreszeit zurückzuführen, zumal ja auch zahlreiche Reinigungsfahrzeuge bereits auf den Winterdienst umgerüstet sind.

Nun ist aber anzumerken, dass aufgrund des Schneemangels heuer nur eingeschränkt Maßnahmen im Aufgabenbereich des Winterdienstes durchzuführen waren, weshalb solcherart frei werdende Ressourcen auch im Sinne der Feinstaubprävention zur verstärkten Straßenreinigung herangezogen werden könnten.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das zuständige Mitglied des Stadtsenates wird ersucht, an die zuständigen Stellen der Holding Graz heranzutreten und im Zuge dessen die Möglichkeit zu erörtern, die im Sinne des Motivenberichtes frei werdenden Ressourcen zur verstärkten Reinigung der öffentlichen Parkanlagen, Straßen und Haltestellen heranzuziehen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir von der ÖVP sehen die Dringlichkeit nicht gegeben, weil von einer Vermüllung der Stadt Graz kann wohl keine Rede sein. Und wenn bei Arbeiten im Dreischichtbetrieb täglich 90 Personen händisch Müllsammelstellen reinigen, Papierkörbe entleeren, Straßenbahnhaltestellen und öffentliche Haltestellen reinigen, es stehen neun Multifunktionsfahrzeuge zur Verfügung, die auch die Straßen reinigen. Man darf eines nicht außer Acht lassen, dass es natürlich auch Kosten gibt, je mehr man reinigt und selbst diese Müllsammelstelle, die da unten beim Billa-Eck steht, wird täglich gereinigt (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.25 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Frau Gemeinderätin! Danke für diesen Antrag, das Thema ist ein ebenfalls emotionales Thema, den Menschen kann die Stadt nie sauber genug sein. Auch muss man zugeben, dass die Stadt an manchen Tagen wirklich überlastet ist, was das Nachkommen mit der Reinigung anbelangt. Was mir ein bisschen vorkommt langsam bei dieser Debatte ist, dass manchmal so getan wird, und das merke ich dann, wenn so manche BürgerInnenkontakte stattfinden, als würden unsere eigenen Mitarbeiter durch die Stadt gehen und die Stadt vermüllen. Also ich will Ihnen das nicht unterstellen, aber manchmal so von der Diktion und mit was man da so konfrontiert ist, möchte ich mich jetzt einmal ganz klar auch vor die Mitarbeiter der Holding stellen, die wirklich fleißig und rund um die Uhr im Einsatz sind, um den Müll wegzuräumen, den die Menschen, die hier leben und hier unterwegs sind, auf der Straße hinterlassen. Es ist nicht Stadt selbst, die das macht, das will ich einmal klarstellen. Was uns beschäftigt, dass mit dem Winterdienst und mit den Möglichkeiten die Ressourcen zu nutzen, die dadurch frei sind, dass weniger

Schneeräumung notwendig ist, haben wir uns natürlich auch angesehen und es ist auch so, dass natürlich verstärkt Menschen unterwegs sind, die jetzt andere Tätigkeiten tun können. Leider müssen wir aber aufgrund der gefrierenden Nachtsituation, das wissen Sie, trotzdem Streuung, und vor allem Salzstreuung, auch vornehmen, obwohl kein Schnee da ist, weil eben Glätte nicht vom Schnee alleine abhängt. Aber ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, ein paar der Maßnahmen auch noch einmal zu schildern, die wir akut und momentan setzen. Wir haben wieder 20 zusätzliche Mitarbeiter über den Verein ERFA jetzt beschäftigt, Sie kennen das Projekt, wo es darum geht, langzeitarbeitslose Personen einzusetzen, diese Personen können besonders gut auch im händischen Dienst eingesetzt werden. Wir haben eine Maßnahme wieder aufgegriffen in der Holding, die in den letzten Jahren zurückgefahren wurde, und es wurde auch von vielen BürgerInnen zu Recht beanstandet, allerdings waren es auch die BürgerInnen, die sie verunmöglicht haben. Es ist so, dass es früher üblich war, durch Parkverbote Straßenzüge freizuräumen und dann gründlich zu reinigen, das hat zunehmend auch mit mangelnder Kontrolle von Seiten der Polizei dazu geführt, dass, wenn die Parkverbote aufgestellt wurden, die Mehrheit ihre Fahrzeuge trotzdem haben stehen lassen und irgendwann dann die Holding gesagt hat, wir können das nicht reinigen, wenn niemand das kontrolliert. Seit wir die Kontrolle über die Straßenverkehrsordnung wieder selbst in der Hand haben, haben wir jetzt mit der Holding wieder begonnen, straßenzügeweise Straßen eben mit Parkverbot im Vorfeld zu informieren und dann auch leer zu haben und damit wieder eine gründliche Reinigung vorzunehmen. Wir werden auch im Laufe dieses Jahres rechtzeitig in den Bezirken kundtun, in welchen Gebieten das stattfindet, weil nicht alle kommen täglich zum Auto oder sehen die Tafel, das heißt, wir werden versuchen, das auch mit einer guten Informationsbegleitung vorzunehmen. Ein weiteres Thema ist, dass mehr Menschen denn je in dieser Stadt unterwegs sind und natürlich wir nicht mehr Menschen beschäftigen können im fixen Dienst als vorher, das heißt, mit den gleichen Ressourcen müssen wir wesentlich mehr Betrieb in der Stadt bewältigen, das heißt, es führt natürlich dazu, dass es da und dort an bestimmten Stellen zu mehr Verschmutzung kommt, teilweise subjektiv

empfundener, teilweise tatsächlich. Was auch passiert ist, dass die Haltestellenreinigung jetzt in eine Hand kommt und wir uns momentan auch überlegen, die privat zu reinigenden Haltestellen selbst zu übernehmen; wir müssen es nur ausrechnen was es heißt, aber es gibt ja einige Haltestellen, wo die Anlieger eigentlich verantwortlich wären und dort haben wir auch die größten Probleme. Wir versuchen, ein Modell zu entwickeln, das einfach alles in einer Hand ist und damit die Holding generell die Haltestellen reinigen kann, das schauen wir uns gerade an. Das heißt, wir sind laufend dran, es ist auch freudigerweise möglich, im Frühjahr mit einer Kampagne an die Menschen heranzutreten wieder, nachdem die ASA, eine der Entsorgungsfirmen, uns dabei unterstützt zum Thema Littering, das ist genau das, wenn Leute einfach ihre Sache fallen lassen, obwohl es genug Mistkübel gibt, da wieder stärker ins Bewusstsein zu dringen und den Menschen zu signalisieren, dass sie mitverantwortlich sind, wenn sie in einer Stadt leben wollen, die Lebensqualität und Sauberkeit ausstrahlt. Das ist leider eine Sache, die nicht alleine durch die Politik und leider auch nicht alleine durch die Mitarbeit der Holding erledigt werden können, da gehören alle dazu. Das wollte ich einfach noch einmal anbringen und das heißt, der Dringlichkeit stimmen wir deswegen nicht zu, weil das ein laufendes Thema ist und wir laufend versuchen, dem noch besser nachzukommen (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Bürgermeister! ich wollte mich eigentlich ursprünglich nicht zu Wort melden aus dem Grund, weil ich das Thema schon ziemlich satt habe. In regelmäßigen Abständen stellt die SPÖ Anträge in die Richtung, dass mehr Mülleimer aufgestellt werden müssen, dass die Reinigung besser erfolgen soll in der Stadt Graz und es passiert einfach nichts. Und alles das, das ich jetzt sage und ich glaube, da spreche ich wahrscheinlich auch im Namen von der Frau Benedik, ist nicht gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Holding Graz gerichtet, weil die machen die Arbeit sicher bestens und das ist nicht immer leicht. Sondern dieser Vorwurf, der ist eigentlich

gegen die Politik gerichtet. Ich kann mich genau erinnern und ich war da sehr begeistert auch von Ihrer Aussage, Herr Bürgermeister Nagl, weil wir sprechen ja nicht immer eigentlich einen Wortlaut, Sie haben bei einem von den letzten Anträgen, die ich gestellt habe, es ist darum gegangen, dass im Bereich Lend und Gries kaum Mülleimer existieren in den Bereichen, also dem normalen Straßenbereich und nicht dem Marktbereich und es ist darum gegangen, dass Lend und Gries zunehmend auch schmutziger wird, dass wirklich Sie zugegeben haben, Herr Bürgermeister, und auch gesagt haben, dass da dringend etwas gemacht werden muss. Leider ist nichts passiert, weil wenn ich unterwegs bin, trete ich nach wie vor auf die Kaugummis, auf die Papierln und ich muss auch etwas sagen, ich finde immer weniger Mülleimer. Die Abstände von den Mülleimern, die verlängern sich immer mehr, das heißt, insbesondere Leute auch, die normal spazieren gehen, vielleicht mit ihrem Hund unterwegs sind, die dann das Hundesackerl halt in einen Mülleimer reinwerfen müssten, die finden im Grunde keinen Mülleimer und dieser Vorwurf richtet sich schon gegen dich, liebe Frau Vizebürgermeisterin. Auf der anderen Seite ist es...das habe ich noch vergessen, die Mülleimer, die werden auch immer in größeren Abständen entleert, das heißt, die Abstände, die verringern sich nicht, sondern das erweitert sich. Wenn man aber am Hauptplatz oder in der Herrengasse so spazieren geht, wo eben die Touristen unterwegs sind, da sieht man sehr wohl dann Mülleimer und da ist die Stadt auf einmal auch sauberer. Auf alle Fälle, es gehört hier etwas getan, endlich einmal getan und die SPÖ wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt von Ihrem Antrag zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen! Die Kollegin Sprachmann hat es sehr richtig gesagt, das Anliegen richtet sich an die Politik und nicht an die ausführenden Organe, die sicherlich ihr Bestes geben, aber wenn sie vielleicht falsch eingesetzt sind oder organisatorisch falsch zugeteilt werden und ihnen falsche Aufgaben gegeben wird, dann schaut das Ergebnis halt aus, wie es jetzt

ist. Und wenn man die berühmten Papierkörbe anschaut oder die Papierln, die herumfliegen, dann denke ich mir, dass wir, wenn wir eine Tourismusstadt sein möchten, mit den entsprechenden Erträgen, die wir zu erzielen gedenken von unseren Gästen, dann müssen wir auch entsprechende Ordnung und Sauberkeit auch dokumentieren in der Tat vor Ort und dann muss das ordentlich ausschauen in Graz entsprechend. Ansonsten wird das nichts mit dem Tourismus, zumindest auf längere Sicht, weil sich die Touristen ein Bild von unserer Stadt machen und entsprechende Vergleiche. Ich möchte einen Punkt herausgreifen, der einfach nicht richtig läuft bei der Verkehrsstadträtin, das ist nämlich das Thema der Reinigung der Straßen. Es ist mehrfach auch von mir thematisiert worden, dass hier die Straßenreinigung absolut ungenügend ist, wir haben einen langen Herbst gehabt, wo es nicht gefroren hat, also keine Minustemperaturen gegeben hat und es ist eben fast de facto nichts passiert an Straßenreinigung, zumindest wie ich und andere es in Graz wahrgenommen haben. Und ich möchte auf etwas besonders hinweisen, was auch immer wieder falsch dargestellt wird. Es gibt Projekte, die den Feinstaub auch bei den Straßen, in Straßennähe bekämpfen, das sogenannte CMA-Plus-Projekt zum Beispiel, das ein EU-gefördertes Projekt ist, an dem sich die Städte Klagenfurt und die Tiroler Städte Lienz und Brunegg beteiligen, in Klagenfurt mit sehr guten Zwischenergebnissen so wie ich höre und die Stadt Graz sich nicht einmal bemüht hat, an diesem Projekt teilzunehmen. Das finde ich besonders schade, wenn man hier herausgeht und posaunt, wie schlimm der Feinstaub ist und nicht einmal entsprechende Anstrengungen unternimmt, hier Teil dieses Projektes, dieses CMA-Plus-Projektes zu werden. Und da denke ich mir, da sind größtenteils Versäumnisse seitens der Vizebürgermeisterin gegeben, die sofort abzustellen sind und daher werde ich diesen Antrag, weil er absolut in meinem Sinn ist und ich in diese Richtung mich schon zu Wort gemeldet habe in früheren Sitzungen, natürlich klarerweise mit Dringlichkeit und in der Sache selbst unterstützen. Ich danke.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ingrid! Das Problem liegt einfach auf der Hand beziehungsweise auf der Straße. Es kommt immer wieder, in regelmäßigen Abständen wird das hier erörtert. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen, möchten aber auch noch einmal deponieren, dass wir das nicht so sehen, dass die Mitarbeiter der Holding hier nicht ausgelastet wären und wir wissen ja selber auch, wir haben ja auch die Wirtschaftsbetriebe als Ressort gehabt, dass es nicht immer einfach ist mit den Ressourcen, die zur Verfügung stehen, nämlich auch mit den Mitarbeitern, die Stadt immer so sauber zu halten. Ein Problem sehe ich schon auch, das sind die Menschen in unserer Stadt selbst. Also ich stelle immer wieder fest, dass wir auch vor unserer Firma permanent den Müll selbst entsorgen müssen, obwohl hier ein großer Mülleimer steht, also man ist nicht in der Lage, zwei Meter zu gehen und den Abfall dort hineinzuschmeißen, vielleicht sollte man auch Ressourcen einsetzen und auch wirklich einmal verstärkt an die Liegenschaftsbesitzer, die ja auch für die Gehsteigreinigung zuständig sind, einmal in einer Aktion aufmerksam machen und sie auf ihre Verantwortung hin wieder aufmerksam machen und das vielleicht auch verstärkt einmal wieder zu kontrollieren. Einen Vorschlag könnte ich noch machen, und ich habe das vor Jahren in Wien gesehen und das hat mich sehr angesprochen, ich bin eigentlich ein Mensch, der nicht unbedingt ständig auf Verbote setzen möchte, also ich möchte bei den Haltestellen sehen, Müllabladen verboten, aber dort hat es eine Aktion gegeben mit einer Comic-Figur, die bei jedem Mülleimer dabei war, aber in einer Größenordnung, wo man, wenn man, glaube ich, ein Papier in der Hand gehabt hat, lachen hat müssen und automatisch zu dem Mülleimer hingegangen ist. Vielleicht kann man auch einmal eine positive Aktion starten, die die Menschen aufmerksam macht, ich werde das Papier jetzt in den Mülleimer schmeißen und nicht einfach fallen lassen. Vielleicht sollte man sich in dieser Richtung auch einmal was überlegen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht auch daran erinnern, dass es durchaus Gespräche gibt, auch mit Herrn Vorstandsdirektor Messner, der für diesen Bereich jetzt auch zuständig ist. Wir haben noch nie so viele Einwohner gehabt, wir haben noch nie solche Tourismusströme gehabt, gerade in den letzten Monaten. Zum Thema Weihnachten war das unglaublich, da kommt die Mannschaft, die da ist, auch mit den Fahrzeugen und mit den Geräten, wenn ich so sagen darf, trotz Optimierung nicht nach, aber es wird selbstverständlich in der Holding auch schon darüber nachgedacht, wie man das verbessern kann. Aber ein ganz wichtiger Punkt, vielleicht habe ich es auch nur überhört, ist schon das Thema des Gehsteigs. Wir können die Straße reinigen und ich beobachte das sehr oft und es liegt alles am Gehsteig. Früher gab es die Hausmeistereien und die Hausmeister, heute gibt es sie nicht mehr, es kommen die technischen Servicedienste alle 14 Tage, egal, was da gerade vorgefallen ist und in der Zwischenzeit schaut es fürchterlich aus. Abgesehen davon, dass der nächste Windstoß das, was am Gehsteig liegt, dann immer wieder auf die Straße zurückbringt. Das heißt, auch hier verstärkt zu kampagnisieren, aufzurufen, Verwaltungsstrafen auszusprechen, wird wieder ein Thema werden. Es sind einfach viel mehr Menschen 420.000 Menschen, jeden Tag, und leider Gottes in der Gesellschaft auch die traurige Feststellung, dass immer mehr alles fallen lassen und nicht mehr bis zum nächsten Kübel mitnehmen können.

GRin. **Benedik**: Ich sehe, ich sage einmal danke für diese vielen Wortmeldungen und daraus sehe ich, dass das Thema wirklich sehr aktuell ist und verbesserungswürdig ist. Ich muss sagen, der Vorschlag mit der Kampagne von dir, liebe Ina, der gefällt mir also wirklich auch sehr gut und wie Sie, Frau Vizebürgermeisterin, gesagt haben, das mit den Haltestellen das ist nämlich wirklich ein Problem, das stimmt, weil manchmal macht das die GVB mit und dann wieder nicht und wenn man das in den Griff kriegt, dann ist also schon wirklich viel getan, muss ich sagen. Also vor allem in Eggenberg,

also da Georgigasse, Vinzenzgasse, da schaut es nämlich oft wirklich fürchterlich aus. Ich sage danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der ordnungsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Strukturelle Handlungsbedarfe anhand der Vorkommnisse rund um die Kinder- und Jugend-Betreuungseinrichtung in der Pappenheimgasse in Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um strukturellen Handlungsbedarf anhand der Vorkommnisse rund um die Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtung der Kinderfreunde in der Pappenheimgasse in Graz in St. Leonhard. Die Aufregungen in jenem von den Kinderfreunden dort betriebenen Kindergarten nehmen kein Ende. Presseberichte gibt es ohne Ende. Einem gerichtlich in Auftrag gegebenem Gutachten nach scheint weder Illiquidität noch Überschuldung gegeben. Die Steiermärkische Landesregierung weist alleine eine Mittelzuweisung in 52.338,00 Euro aus, und Eltern und Kinder sind dort in dem Heim, was die Betreuung anbelangt, zufrieden, das ist meine Information, die ich habe. Und sie sind natürlich äußerst besorgt, wie das weitergeht. Das ist sozusagen der Problemaufriss.

Ohne jeden Zweifel ist es dort unter den Augen der Stadtpartei der SPÖ Graz und selbstverständlich keinesfalls ohne Wissen der lokalen SPÖ-Ortgruppe St. Leonhard eine dubiose Zwangsauflösung, die stattgefunden hat, immerhin einer Ortsgruppe, die seit 1954 Bestand hat. Wie man vernimmt wegen „Verstoß gegen Prinzipien“. Jeder, der in der Politik zu tun hat, weiß, da schwant Übles. Den, dass es vielfach eine Tarnbezeichnung für unbotmäßiges Querlegen von Unteren gegen die Machtausübung von Oberen.

Nun könnte man sagen, was schert es den Gemeinderat, wenn aus dieser SPÖ-Politik heraus solches sich in Graz abspielt. Aber da gilt es etwas in den Mittelpunkt zu rücken, denn hier geht es um die betroffenen 70 Kinder, ihre Eltern, Väter, Mütter bis hin zu den Großeltern, die sich Sorgen machen, wie der Betrieb einfach gut fortgeführt werden kann. Viele sind erzürnt und verunsichert hinsichtlich dieses Trauerspieles, das sich über ihren Köpfen hinweg abspielt und wohl auch die Stadt Graz muss es sein, wir, die wir die Grundeigentümer dieser Liegenschaft sind und uns dürfte es ja wohl keineswegs egal sein, was sich dort abspielt, welche Turbulenzen es gibt.

Der neuen SPÖ-Graz Vorsitzenden ist immerhin zugute zu halten, dass sie sich zu einer massiven Umkehr entschlossen hat und Allerärgstes durch Beibringung einer immerhin publizierten 20.000-Euro-Kautionsversicherung verhindern wollte oder verhindert hat.

Wer glaubt, dass sich solche Entwicklungen unterbinden lassen, ignoriert die Realität und nicht zuletzt auch die Findigkeit derjenigen, die sich beziehungsweise die eigenen Absichten durchsetzen wollen.

Was aber erreicht werden soll und richtiger erreicht werden muss ist, dass die Stadt Graz von solchen Entwicklungen möglichst hinkünftig nicht mehr derart unvorbereitet getroffen wird – und das geht allein über ein solide abgesichertes Einschaurecht samt gleichfalls vertraglich klarer Warnpflicht an die Stadt Graz.

Damit sich die Stadt Graz in solchen oder ähnlich gelagerten Fällen rechtzeitig ein eigenständiges Urteil über die wirtschaftliche Gebarung machen kann, und eben bei

Gefahr einer schädlichen Entwicklung selbst Veranlassungen planen und einleiten kann, soll aus der Sicht, aus meiner Sicht, in allen Kooperationsverträgen mit Partnern in den Bereichen Jugend-, Familien- und Seniorenbetreuung das gebotene umfassende Einschau-, Kontroll- und Auskunftsrecht seitens der Stadt Graz - und realisiert über den Grazer Stadtrechnungshofes - hinkünftig fix verankert werden. Mit ehest baldiger Wirksamwerdung – das sind wir, so meine ich, unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig und dazu verpflichtet.

In diesem Zusammenhang stelle ich nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Herrn Bürgermeister Mag. Nagl beauftragen, nachfolgende Zielsetzungen ehest und umfassend zu betreiben:

1. Alle in Kooperation mit der Stadt Graz stehenden Vereinigungen beziehungsweise Unternehmungen, die mit der Stadt Graz beziehungsweise für die Stadt Graz Leistungen im Bereich Kinder, Jugendliche, Familien und/oder SeniorInnen erbringen und denen Geld von der Stadt Graz aus zufließt, sind sobald als rechtlich möglich, zumindest in den mit der Stadt Graz in Wechselwirkung stehenden Teilen einem Prüf-Zugang des Grazer Stadtrechnungshofes verpflichtend und vertraglich definiert zu erschließen.
2. Aus Prinzip und aus Verantwortung gegenüber der Stadt Graz sowie unseren Grazer BürgerInnen muss es künftighin bei allen Vereinbarungen mit externen Partnern in den obiggenannten Bereichen beziehungsweise Themenfeldern einen verpflichtenden Zusatz-Passus geben, der zur Vorlage der Jahresabschlüsse und der Jahresvorausplanung respektive Budgetierung an den Grazer Stadtrechnungshof verpflichtet, und Vorkommnisse beziehungsweise Entwicklungen, welche das weitere Zusammenwirken mit der Stadt Graz gefährden könnten oder gar ausschließen, sind

umgehend - das heißt, binnen drei Werktagen - dem Grazer Stadtrechnungshof schriftlich mitzuteilen.

Ich glaube, das wäre eine gute Konsequenz, um aus diesem Anlassfall wirklich Gutes und Richtiges für die Zukunft zu machen. Bitte um lebhaftige Diskussion und Zustimmung. Danke.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Wunsch des Gerhard Mariacher nach einer gewissen Schärfe kann ich gerne nachkommen. Würde ich dich nicht ernst nehmen, lieber Gerhard, dann würde ich, wenn ich den Antragstext komplett durchlese, diesen vielleicht in die Kategorie grober Unfug einstufen oder ich würde sagen, das ist das Wechseln politischen Kleingelds oder ich würde sagen, das wäre ein Gebräu aus Halbinformationen und Pressemeldungen oder was auch immer ohne Wahrheitsgehalt oder ohne konkrete Inhalte. Ich nehme dich aber ernst, lieber Gerhard Mariacher...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Da bist du aber der Einzige.

GR. **Herper**: Ich nehme dich ernst und wir nehmen dein Anliegen auch ernst, vor allem in den Ansätzen deines Antragstextes, weil ich da in Übereinstimmung bin mit Etlichen hier im Gemeinderat, auch mit dem Ressortverantwortlichen. Wir von der Grazer SPÖ sind beseelt vom Wunsch und dem Willen, was auch immer kommen möge, dass der Kindergarten erhalten bleibt, dass die Sorge und die Obhut der Kinder gewährleistet bleibt, ihre gute Betreuung, die sie bisher genossen haben. Ich weiß selber, meine eigenen Kinder sind vor vielen, vielen Jahren selbst in den Kindergarten

in der Pappenheimgasse gegangen. Und wir sind vom Wunsch und Willen beseelt, dass wir auch Gespräche führen, dass es zu Lösungen kommt, die nicht auf dem Gerichtswege erfolgen und dass vor allem auf die Sorgen der Großväter und Eltern und der Großmütter Rücksicht genommen wird, die sich Sorgen machen um den Kindergartenplatz. Wir von der Grazer SPÖ tun dies, mit der Vorsitzenden Martina Schröck an der Spitze, die das schon unter Beweis gestellt hat schon im vergangenen Jahr. Ich habe mich selber einer Diskussion vor zwei Tagen gestellt in der Pappenheimgasse mit betroffenen Eltern, mit betroffenen Großeltern, mit betroffene Mitgliedern der Ortsgruppe, um ihre Anliegen, ihre Sorgen, ihre Wünsche und ihre Hoffnungen mitzunehmen. Die Gespräche werden geführt und wir werden das auch entsprechend über die Bühne bringen. Da sei, da seist du gewiss, lieber Gerhard, wir kümmern uns um die Fragen. Was deine konkreten Anliegen betrifft, so ist die geltende Subventionsordnung, das hat mir auch die Magistratsdirektion bestätigt heute bei Nachfrage, weit heftiger als das, was du forderst. Nämlich die Subventionsordnung und entsprechende Subventionsverträge ermöglichen die Prüfung durch den Stadtrechnungshof. Der von dir angepeilte Prüfungsumfang sprengt ja alle Kapazitäten des Stadtrechnungshofes, das wird mir der Direktor bestätigen, der neu bestellt und ob diese Form prüfeffizient ist, darf erst recht bezweifelt werden, weil es gilt im Sinne Prüfaufwand soll sich auch rechnen können. Deswegen, wir kümmern uns um die Pappenheimgasse,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Aber zu spät.

GR. Herper: ...bei deinem konkreten Anliegen, Dringlichkeit nein, Inhalt nein, danke.

GR. **Schröck**: Lieber Kollege Mariacher! Ich bin ja schon einiges von dir gewohnt, das aber ist die Mutter aller sinnlosen Anträge, damit wäre auch schon alles gesagt. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: War auch nicht angebracht, dass man einen Antrag als solches bezeichnet. Der Anlassfall für den Herrn Kollegen Mariacher ist zweifelsohne kein erfreulicher, auch ich war äußerst überrascht und auch das Amt für Jugend als Vertragspartner war äußerst überrascht über die Meldung, dass hier ein Konkurs angemeldet wurde. Ich habe das zum Anlass genommen, nämlich mit dem Ziel selbstverständlich, in erster Linie dort zwei Kindergartengruppen, eine Hortgruppe sicherzustellen und die Betreuung für die Kinder und habe mit dem Masseverwalter unmittelbar Kontakt aufgenommen, einen Tag später mit dem Landesdirektor oder Landesvorsitzenden der Kinderfreunde Steiermark und der neuen Obfrau der Ortsgruppe St. Leonhard einen Termin bei mir im Büro gehabt und auch dort ganz klar gesagt hat, das oberste Ziel ist der Erhalt des Standortes, der Erhalt der Kinderbetreuungseinrichtung. Karl-Heinz, du hast das sehr treffend gesagt, die Subventionsordnung sieht hier einige Möglichkeiten vor, hier brauchen wir nicht nachbessern. Im konkreten Fall handelt es sich um Leistungsverträge, ein Leistungsvertrag des Amtes für Jugend und Familie mit den Kinderfreunden als Tarifpartner im Kinder-, Bildungs- und Betreuungsbereich, auch hier haben wir die Einschaumöglichkeit, ich möchte das jetzt nicht alles vorlesen, aber ich kann festhalten, die Möglichkeiten, hier ausreichend Einschau zu nehmen, sind gegeben. Würde man dem Antrag jetzt inhaltlich folgen und annehmen, wir hätten heute nicht die Einschaumöglichkeit und hätten sie in Zukunft, ja was hätte sich in dem konkreten Fall geändert? Das Amt für Jugend und Familie, die Mitarbeiterin hätte Einschau gehalten, hätte festgestellt, was auch im Nachhinein der Masseverwalter und auch der Konkursrichter festgestellt haben, dass offensichtlich nicht wirklich eine Zahlungsunfähigkeit gegeben ist. Es hätte keine Handlung nach sich gezogen, hätte

das Amt für Jugend und Familie vor einem halben Jahr hineingeschaut, weil sie hätten nichts anderes festgestellt als das Gericht heute. Die Problematik erscheint mir woanders zu liegen, in persönlichen Befindlichkeiten und Animositäten bei den Kinderfreunden, dazu stehe ich. Es ist noch kein einziges Argument bei mir aufgetaucht, das mir etwas anderes nachgewiesen hätte. Ich hoffe, dass einerseits vielleicht auch einmal irgendwo ein Konkursrichter eine fast mutwillige Konkurseinleitung irgendwie sanktioniert, ich meine, ich kenne es im Verwaltungsrecht, wenn du als Bürger einer Stadt, als Bürger dieses Landes eine Behörde über Gebühr und mutwillig geradezu in Anspruch nimmst, bekommst du eine Ordnungsstrafe. Ich kann eigentlich nicht nachvollziehen, warum sich ein Konkursrichter, ein Gericht mit einer Sache befassen muss, die offensichtlich nur ein Vorwand ist, um andere Dinge im Hintergrund zu erledigen, die man anscheinend sonst nicht erledigen kann. Aber wie auch immer, nach wie vor ist unser Ziel und ich denke unser aller Ziel, dass dieser Standort erhalten bleibt, dass die Kinder weiterhin eine qualitätsvolle Betreuung haben und Eltern eine Sicherheit haben. Diese Entscheidung sollte bitte möglichst bald getroffen werden und da bitte ich auch alle, die darauf Einfluss nehmen können, dass das auch geschieht, weil ich kriege wirklich wöchentlich einige E-Mails und Anrufe von besorgten Eltern und Großeltern. Die Einigung ist relativ einfach, die Kinderfreunde mögen sich intern einigen, dann ist alles sehr rasch erledigt. Ist das nicht der Fall, habe ich den Herrn Dr. Maier als Landesvorsitzenden eingehend gebeten, er möge uns das Grundstück als Stadt zurückgeben, er wird auch eine Ablöse für den Gebäudewert bekommen, wie auch alle anderen und ich habe mehrere Interessenten, die sehr gerne diesen Standort weiterführen würden. Wie auch immer, ich hoffe, dass die Kinderfreunde dazu beitragen, dass sie wieder Kinderfreunde sind (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Danke einmal für die Wortmeldungen. Zuerst, lieber Karl-Heinz, und auch an Stadtrat Eisel-Eiselsberg gerichtet. Das Thema scheint sehr wohl richtig

aufgenommen zu haben und wenn der Karl-Heinz, wenn du, Karl-Heinz, meinst, dass seien ja nur Zeitungsmeldungen, so sage ich dir, natürlich ist es vielfach in den Zeitungen gestanden, aber ein eigenständiges, wirtschaftliches Bild haben wir seitens der Stadt Graz nicht gehabt über die Zustände und genau das habe ich zum Thema gemacht. Wenn du meinst auf der einen Seite, der Magistrat hätte Möglichkeiten gehabt, aufgrund der Subventionsordnungen mehr zu wissen und auf der anderen Seite, du meinst, na ja mein Umfang geht über das Maß dann dennoch hinaus, du musst dich für einen Weg entscheiden, entweder das eine oder das andere, beides wird es nicht sein. Und der Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat sehr wohl in seinen Ausführungen gesagt, dass wir seitens der Stadt Graz überrascht waren von dem Konkursantrag und das ist für mich ein sichtbares Zeichen und es zählt die Tat und nicht die Worte, die in irgendwelchen Subventionsverordnungen drinnen stehen, dass wir eben unzureichend informiert waren und damit auch unzureichend unsere Interessen, jene der Stadt Graz, wirklich wahrnehmen können. Und auf das hin zielen eben meine zwei Punkte des dringlichen Antrages und ganz kurz zum Georg Schröck, nun ja, heute ist es, glaube ich, für den Letzten hier im Gemeinderat klar, Transparenz und Einsicht und Klarheit und eine Politik der klaren Linie verfolgt das BZÖ zumindest jetzt nicht mehr.

Zwischenruf GR. Schröck: Auch das hast du falsch verstanden, aber das ist nicht das Einzige.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.